

MOMENT

Gazette für Menschenrechte 4/2008
Herausgeberin: SOS Mitmensch,
Postfach 220, A-1070 Wien,
www.moment.at



Gazette für Menschenrechte #13

ZWISCHEN POLITIKVERDROSSENHEIT UND PARTIZIPATION

TORTEN IST AUCH KEINE LÖSUNG



NACH DER WAHL
Demokratie am Ende?

IVICA VASTIC
Über Krieg und Frieden

EU-AUSTRITT
Österreichs neue Freiheit



Bring einen Sessel!

Sesselmeer am
Tag des Bleiberechts
10. Oktober 2008

Es fehlt nicht an Platz, sondern an einer fairen und menschenwürdigen Bleiberechtsregelung. Landesweites Sesselmeer. Wien, Ballhausplatz, 10 Uhr. Alle anderen Landeshauptstädte:
www.bleiberecht.at





Auch wenn die Politikerverdrossenheit wächst: Torten ist sicherlich keine Lösung. Gesucht werden echte partizipative Modelle, die den BürgerInnen die Möglichkeit geben, mitzuregieren.
Bild: Bernhard Kummer

Liebe Leserin Lieber Leser

Und, Ihr Kreuzerl bei den Nationalratswahlen gemacht? Dann hat die repräsentative Demokratie Sie ja eben aus Ihrer Pflicht entlassen, wird sonst böse, wenn Sie nicht wählen gehen und spricht dann von Politikerverdrossenheit. Verdrossen ist gut: Solange PolitikerInnen für uns repräsentieren, können wir auch schlecht partizipieren. Sicherlich, im Grätzel, vielleicht sogar bei kommunalen Budgetfragen, wie Robert Misik in seiner „Fit mach mit“-Story erklärt. Aber gesellschaftliche Probleme lassen sich über aktuelle, sehr limitierte Modelle der Partizipation und zivilgesellschaftlichen Teilnahme einfach nicht lösen, wie der Netzwerkanalytiker Katzmaier und die Citizenship-Forscherin Geißel in Interviews ausführen. Was tun? Glauben Sie uns: Politiker zu torten, auch wenn Ihnen manchmal danach zumute ist, ist auch keine Lösung. Genauso wenig, wie den überall aus dem Boden sprießenden revanchistischen Parteien eine Stimme zu geben. Die Frage ist vielmehr, wie wir zu einer echten partizipativen Demokratie kommen, in der auch politische Entscheidungen von BürgerInnen getroffen werden. Beteiligungsmodelle werden in den Think Tanks bereits verhandelt, bis zu deren Umsetzung wird es aber noch dauern. Solange können sich NGOs und engagierte BürgerInnen selbst überlegen, wie sie mit ihren Forderungen Druck auf die Politik ausüben. A propos engagierter Bürger: Kerstin Kellermann hat in Linz den EURO-Star der Herzen Ivica Vastic getroffen und im sicherlich längsten Interview bisher einige knifflige Themen angesprochen.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgeßell

P.S. Schon die nächste Ausgabe dieser beliebten Gazette wird einen neuen Titel tragen. Eine Zeitschrift aus dem Baugewerbe in Wien 21, Floridsdorf, möchte diesen schönen Namen exklusiv behalten. Bleiben werden wir aber auf jeden Fall „Die Menschenrechtsgazette von SOS Mitmensch“.

INHALTSVERZEICHNIS

IMPRESSUM

MOMENT REDAKTION: c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15, 1070 Wien, T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00 - 9, redaktion@moment.at, www.moment.at

REDAKTION: Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun), Bernhard Kummer (Bilder), Petja Dimitrova (Illustrationen), Philipp Sonderegger (pfs), Paul Sturm (Bilder), Karin Wasner (Bilder), Sabine Zhang

AUTORINNEN DIESER AUSGABE: Andreas Bachmann, Günther Hopfgartner, Kerstin Kellermann, Robert Misik, Cathren Müller, Ernst Pohn, Martin Schenk, Tommi Settergreen, Maria Sterkl, Michael Weiß.

PROJEKTLEITUNG: Sabine Zhang

COVERBILD: Bernhard Kummer

POSTER: KünstlerInnen-Kollektiv Wasted Futures

LEKTORAT: Bettina Müller

GRAFIK: Kevin Goll **DRUCK:** Ferdinand Berger & Söhne GmbH, Pulverturmstraße 3A, A-1090 Wien

ANZEIGEN: Irene Holloway, anzeigen@moment.at

T +43 1 524 99 00 - 17, **ABOS:** Sabine Zhang, abos@moment.at, T +43 1 524 99 00 - 66

VERTRIEB: Der Standard (40.000 Stück), KolporteurInnen der Bunten Zeitung (15.000 Stück), freie Verteilung (20.000 Stück)

AUFLAGE: 75.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Postfach 220, 1070 Wien, T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00 - 9, office@sosmitmensch.at, http://www.sosmitmensch.at, ZVR: 22747570

SPENDEN: PSK 60000

Kto 91.000.590

OFFENLEGUNG: MOMENT ist das Medium von SOS Mitmensch gegen Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte, Demokratie und Migration. Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen bei den UrheberInnen. Falls kein/e UrheberIn ausgewiesen ist: SOS Mitmensch.



28 ICH FÜHLTE DIESE EUPHORIE

Ivica Vastic, Österreichs liebster Fußballer, über die österreichische Mentalität, den Umgang mit Asyl und die Zeit, als er 15 Kilogramm zugenommen hatte.



20 JUGEND OHNE TAU

Sie haben noch nie von Werner Faymann gehört, halten die U-Bahnzeitung für ein Qualitätsblatt und leiden nicht an Informationsdurst. JungwählerInnen im Gespräch.

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

6 REAKTIONEN

8 HANDLUNGSBEDARF

Blickkontakt statt Schilderwald

9 HANDLUNGSBEDARF

Recht statt Gnade: über das Bleiberecht

Dossier

10 FIT MACH MIT!

Politiker als Markenträger. Kann partizipative Demokratie diesem Unsinn ein Ende setzen? Von Robert Misik

14 POLITIK VON MORGEN

Die Mobilisations-Forscherin Brigitte Geißel sagt, warum Beteiligungsmodelle – noch – enge Grenzen haben. Interview: Cathren Müller

16 WO ENERGIE FLIESST

Der Netzwerkanalytiker Harald Katzmaier empfiehlt Dreiecksbeziehungen – zur optimalen Partizipation. Interview: Ernst Pohn

18 DEN RAUM DURCHMESSEN

Critical mass ist eine Bewegung der anonymen Art. Sie will den öffentlichen Raum „erfahrbar“ machen.

20 DISCO-POLITIK

Erstmals wurde ab 16 Jahren gewählt. Ein Medienkompetenz-Test. Reportage von Maria Sterkl

23 AM MANGEL PARTIZIPIEREN

Die Sozialforen sind nicht mehr. Warum wir uns in zunehmend schlechtere Zeiten dennoch leise einfinden. Ein Kommentar von Günther Hopfgartner

24 POSTER





10 FIT MACH MIT!

Robert Misik über die Apathie, die die Politik bei vielen Menschen auflöst. Sind Beteiligungsmodelle die Rettung der Demokratie?

16 POKER UM DEN AUFSTIEG

Der Netzwerkanalytiker Harald Katzmaier verrät, wie man in Österreich strategische Freunde findet.

Welt

27 WELT-NEWS

Mexiko schafft Schubhaft ab.

28 LIEBLING DER MASSEN

Ivica Vastic erklärt, wie er begeisterter Österreicher und Kroat gleichzeitig sein kann.
Interview: Kerstin Kellermann

32 SALAMI-SCHMUGGEL

2009: Österreich erklärt endlich seinen EU-Austritt. Eine schräge Reportage von Tommi Settergreen.

34 IMMER AUF ACHSE

SOS Mitmensch packt das Bleiberecht auf einen Minilaster und geht auf Road-Show.
Von Philipp Sonderegger

Rubriken

37 NGO-NEWS

Asylum Airlines:
zynischer Scherz oder Realität?

38 NEUES VON DER BOCK

Der Verein in finanziellen Turbulenzen –
und jede Menge Hilfesuchende.
Von Andreas Bachmann

39 POPULÄRKULTUR

Buch, Film, Internet.

41 POPULÄR GESEHEN

Opium fürs Volk – Von Kulturdelikten
und Fundamentalisten.
Kommentar von Martin Schenk

43 SPOTLIGHT

Der Filmemacher Arash T. Riahi

45 SOS MITMENSCH

Wie der Asylgerichtshof verteidigt wurde

46 ANDERE ÜBER...

Ulrich Brand über Politik als leere Hülle.



Wo wurde diese Ausgabe von MOMENT gesehen?

Schreiben Sie an redaktion@moment.at. Zu gewinnen gibt's 2 Kinokarten für den neuen Film von Erwin Wagenhofer „Let's make money“, am 10.11.2008 um 20:30 im Votivkino.

Bild: Paul Sturm

Wirtschaftsflucht

Gutes Leben als Fluchtgrund

Liebe MOMENT-Redaktion, ich möchte euch zu eurem Mut gratulieren, soziale Fragen anders anzupacken. Arnold Schwarzenegger auf dem Cover als Wirtschaftsflüchtling auszuweisen war schon eine interessante Perspektive auf ein in der Alltagspolitik eingefahrenes Thema. Aber die Reportage aus Uganda war noch besser: Hier wurde mal nicht die typische Elendsgeschichte aus Afrika präsentiert, sondern interessante Einblicke in die Mittelschicht. Vor allem: stimmt, auch die Leute dort wollen einfach ein gutes Leben, wieso sollte man nur Anspruch auf Migration haben, wenn das eigene Leben bedroht ist. Insofern:

Das Streben nach Glück und etwas „Luxus“ (im übertragenen Sinn) ist eine sehr nachvollziehbare Fluchtgeschichte.

Alles Gute,
Helmut L. aus Wien, per Email

**Stadt Wien und NGOs
Einsame Rathauspolitik**

Hallo, die Nachfolgerin des Roten Wien, die Wiener SPÖ, hat sehr viel zur guten Lebensqualität dieser Stadt beigetragen. Dass es Entscheidungen gibt, die es zu hinterfragen gilt, und die aus den klaren Mehrheitsverhältnissen im Rathaus zu erklären sind, darüber hört man immer wieder in den Medien. Erst die Vergabe des Projekts zur Gestaltung des Prater-Portals ist ja abenteuerlich. Aber

das Spannungsverhältnis zwischen NGOs und der sozialdemokratischen Partei in Wien hatte ich so bislang noch nicht erfahren. Vielleicht erscheint es den SP-Granden in Wien etwas zu viel verlangt, dass sie ein kritisches Umfeld finanzieren, das schließlich auch sie selbst kritisiert. Aber genau die Verhandlung gesellschaftlich umstrittener Felder wäre die Aufgabe der Politik. Der Monopolismus ist hier einfach fehl am Platz.

Beste Grüße,
Sabrina A., per Email

**In eigener Sache
Forsche Kolporteurs**

Sehr geehrtes Team SOS Mitmensch! Am Parkplatz beim IKEA in Vösendorf hat mir ei-

ner Ihrer jungen Verkäufer eine Zeitung angeboten. Da ich dies grundsätzlich als gute Investition sehe, habe ich ihm eine abgekauft. Allerdings hat er danach noch total unverschämt nach einem weiteren Euro gefragt!!! In meiner Gutmütigkeit hab ich 50 Cent hergegeben und musste anschließend noch diskutieren, warum ich nicht einen Euro hab'!!! Ich finde es als absolute Frechheit, dass, wenn man bereit ist, Geld zu geben, man noch um mehr angeschnorrt wird! Ich werde beim nächsten mal einfach Nein sagen. Ich kaufe oft eine Zeitung bei Augustin Verkäufern, aber so etwas ist mir noch nicht passiert.

Hochachtungsvoll
Brigitte S., per Email

Sehr geehrte Frau S.!

MOMENT kostet in der Kolportage 2 Euro. Davon geht ein Euro an die/den KolporteurIn, 50 Cent an die Bunte Zeitung, die die Kolportage abwickelt, und 50 Cent sind zur Finanzierung der Druckkosten. Einen höheren Preis zu verlangen ist den KolporteurInnen untersagt, falls Sie die Ausweisnummer des betreffenden Kolporteurs wissen, ersuchen wir Sie, uns diese zu übermitteln. Für die Ihnen entstandenen Unannehmlichkeiten möchten wir uns aufrichtig entschuldigen und Ihnen ein kleines Präsent anbieten. Wir hoffen, dass Sie trotz dieser Erfahrung weiterhin solidarische Zeitungsprojekte unterstützen. Mit herzlichen Grüßen, die MOMENT HerausgeberInnen

Wien in guten Händen

Luftreinhaltung, Energieeffizienz und Verantwortung für die Region Wien.

DAS Kerngeschäft der Wiener Stadtwerke und ihrer Unternehmen Wien Energie, Wiener Linien, Bestattung Wien und BMG Beteiligungsmanagement deckt ein breites Leistungs- und Kompetenzspektrum ab, das wesentlich zum Funktionieren des Großraums Wien beiträgt. Um der Verantwortung für die Versorgung mit Strom, Gas, Wärme und Bestattungsleistungen und das Wohlergehen der Wiener Bevölkerung sowie für den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens gerecht zu werden, setzen die Wiener Stadtwerke auf eine verantwortungsbewusste und auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichtete Unternehmensführung.

BEDEUTENDE INVESTOREN

Investitionen von jährlich rund einer Dreiviertelmilliarde Euro tragen erheblich zur Wertschöpfung in der Region Wien bei. Denn damit werden indirekt Arbeitsplätze gesichert und die Kaufkraft der Bevölkerung insgesamt erhöht.

KLIMASCHUTZ-MASSNAHMEN

Strom und Wärme sollten effizient und klimaschonend erzeugt werden. Die Wien Energie setzt dabei auf Erdgas, Abfälle, Biomasse, Wind-, Solar- und Kleinwasserkraft sowie den Ausbau des Fernwärmeanteils. Die Wiener Linien setzen auf Energierückspeicherung und energiewirtschaftliche Fahrweise.

OHNE AUTO DURCH WIEN

In Wien werden heute mehr Kilometer mit Öffis zurückgelegt als mit dem Pkw. Fast alles ist bequem mit den Wiener Linien erreichbar, und das Öffi-Netz wächst weiter. Und das Schöne: Mit den Öffis spart man nicht nur richtig Geld, sondern belastet die Umwelt auch deutlich weniger mit Klimagasen, Feinstaub und Lärm.



Fordern Sie den Wiener Stadtwerke-Nachhaltigkeitsbericht 2007 kostenlos unter 0800 555 800 an. Bestellung und Download auch unter www.nachhaltigkeit.wienerstadtwerke.at

www.wienerstadtwerke.at

Es lebe die Stadt.



Gemeinsam mehr zusammenbringen

Ein Dach über dem Kopf, sicheres Einkommen, Gesundheit und Frieden sind für viele Menschen auf der Welt nicht selbstverständlich. Österreich nimmt seine Verantwortung ernst. Gemeinsam mit ihren Partnern verbessert die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) die Lebensbedingungen im Süden und Osten.

Lernen Sie die Partner und Projekte der OEZA kennen. Eine interaktive Ausstellung bringt Sie näher zu den Menschen, die sich für Entwicklungszusammenarbeit engagieren. Hörbeiträge geben Einblick in deren Arbeit und Ziele. Tauchen Sie in die Atmosphäre fremder Länder ein oder blättern Sie im Projektalbum. Für Schulen gibt es Führungen und ein umfangreiches Begleitprogramm.

Stationen der Informationsausstellung

02. – 06.10.2008, Linz, Hauptplatz
08. – 13.10.2008, Graz, Hauptplatz
26.10.2008, Wien, Minoritenplatz
jeweils 10 bis 18 Uhr

Stationen in weiteren Landeshauptstädten folgen 2009.



Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit

NEUE VERKEHRSORDNUNG

Blickkontakt statt Schilderwald

Indem VerkehrsplanerInnen den Verkehr zur unregulierten Zone machen, schaffen sie mehr Sicherheit. Wie mit dieser Idee auch die Politikverdrossenheit bekämpft werden könnte. Bild: Bernhard Kummer



Weniger Gebotsschilder: Ein Vorbild, wie auch die Demokratie flüssiger und sicherer gestaltet werden könnte.

Wollen Sie den Straßenverkehr sicherer machen, dann schaffen Sie die Verkehrsregeln ab! Das empfahl der im Jänner verstorbene niederländische Verkehrsplaner Hans Monderman. Die ersten Ergebnisse des EU-finanzierten Projekts Shared Spaces geben ihm recht: In deutschen, niederländischen, britischen und belgischen Städten wurden die Unfallzahlen gesenkt, indem ganz einfach

Straßenschilder, Markierungen und Ampeln entfernt wurden. Die zwei einzigen Regeln lauten: Rechts geht vor links, und Pass auf die anderen VerkehrsteilnehmerInnen auf. Mitten im Städtchen Drachten in Friesland liegt eine der ersten großen Kreuzungen, die ohne Verkehrsregulierung auskommt. Keine Ampeln, keine Markierungen und keine Schilder: 20.000 Fahrzeuge passieren hier

täglich. Und es geschieht Merkwürdiges. Autos bremsen für FußgängerInnen. LastwagenfahrerInnen nehmen Blickkontakt mit RadfahrerInnen auf. Kaum 20 km/h rollen die Fahrzeuge, doch fast keines muss anhalten. Daraus ergibt sich auch der unerwartete Umstand, dass der Verkehr in den Modellregionen nicht nur sicherer wurde, sondern auch flüssiger.

Wer den Verkehr sicherer gestalten will, muss ihn gefährlicher machen, legte Verkehrsplaner Monderman verbal noch eins drauf. Wenn Menschen an allgemeine Regeln gebunden werden, neigen sie dazu, Verantwortung abzugeben. Sind 50 km/h erlaubt, fahre ich 50 km/h, egal ob die Geschwindigkeit angemessen ist oder nicht. Gleichzeitig kann es auch zur Delegitimation dieser Regeln kommen: Warum soll ich mitten in der Nacht an einer roten Ampel halten, die zu Stoßzeiten gute Dienste tut, aber zu nächtlicher Stunde nichts regelt? Wenn klar ist, dass das Gelingen von Verkehr nicht von der Einhaltung abstrakter Regeln abhängt, sondern von meiner konkreten Entscheidung in der konkreten Situation, dann steigt auch das Verantwortungsbewusstsein für das eigene Handeln.

Eine Erfahrung, die auch PolitikwissenschaftlerInnen kennen. Viele Entscheidungen der Politik erscheinen den WählerInnen als abstrakt und abgehoben von der eigenen Lebenswelt. Der Staat wird als der eigenen Person gegenüberstehend empfunden, nicht als die Summe des politischen Willens aller. Gesetze wirken meist als Schutz für Schwächere. Aus diesem Blickwinkel scheint die Abschaffung von allgemein verbindlichen Regeln nicht wünschenswert. Aber alle Formen der politischen Beteiligung, die „Augenkontakt“ fördern, die Politik mit der konkreten Lebenssituation rückkoppeln, könnten die Demokratie sicherer und flüssiger gestalten. *phs*

BLEIBERECHT

Recht statt Gnade

Der Verfassungsgerichtshof hat entschieden: Antrag auf humanitäres Bleiberecht können die Betroffenen selbst stellen. Die „Gnade“ der Ämter als exklusive Antragsteller ist damit gefallen. Bis zur Umsetzung des Gesetzes sollten sie aber jetzt schon im Sinn des VfGH handeln.

„Für Gnadenrechte ist im Rechtsstaat kein Platz“, verkündete Gerhart Holzinger, Präsident des Verfassungsgerichtshofs (VfGH), im Juni. Und erklärte damit Teile des Niederlassungsrechts für verfassungswidrig. Die „Gnade“ sah bislang so aus: ZuwanderInnen, die bereits seit Jahren in Österreich lebten und noch immer keinen ordentlichen Aufenthaltstitel hatten, konnten diesen nicht selbst beantragen. Sie waren darauf angewiesen, dass die Behörden Antrag auf humanitäres Bleiberecht stellen (und der Innenminister entschied darüber). Diese Praxis soll nun abgeschafft, Zugewanderte von sich aus beim

Landeshauptmann ein humanitäres Bleiberecht beantragen können.

SOS Mitmensch fordert deshalb einen Abschiebestopp für alle Bleiberechtsfälle, bis die Regelung umgesetzt ist. Dem hat sich unter anderen auch Oberösterreichs Sozial-Landesrat Josef Ackerl (SPÖ) angeschlossen. Und das aus gutem Grund: Hat er doch in seinem Wirkungsbereich bereits gehandelt. Für das Land Oberösterreich hat er die Weisung an seine Bezirkshauptmannschaften erlassen, für alle LangzeitasylwerberInnen von Amts humanitäres Bleiberecht zu beantragen. Das ist eine begrüßenswerte Forderung, da Zugewanderte oft über ihre

Rechte keine Kenntnis haben. Wann die Novelle kommt, steht aber, auch aufgrund der Regierungsbildung, in den Sternen. Solange sind Tausende AsylwerberInnen weiterhin von Abschiebung bedroht. Deshalb sollten auch andere Bundesländer dem Beispiel Oberösterreichs folgen und für lange in Österreich lebende Zugewanderte ohne ordentlichen Aufenthaltstitel Antrag auf humanitäres Bleiberecht stellen. Sonst bleibt es bei der unerträglichen Situation, dass eine bereits vom VfGH für illegitim erklärte Praxis angewendet wird und Menschen weiterhin auf die Gnade der Amtsstuben hoffen müssen, statt Recht zu erhalten. *aba*

IDENTITÄT

Rotweißbrot, bis in den Tod

Entweder ist man Österreicher oder nicht, ließ ein weiser Sportfunktionär der Top-Tennisspielerin Tamira Paszek ausrichten. Sie überlegt einen Nationenwechsel, weil sie bei Olympia nicht für Österreich antreten durfte.

In Zeiten, in denen sich auch in die hintersten Ecken herumgesprochen hat, dass sich das Subjekt Mensch aus vielen Identitäten zusammensetzt, während der Nationalismus, eine Mode des 19. Jahrhunderts, seine Strahlkraft verliert, ist es umso erstaunlicher, dass Funktionäre etwa folgendes postulieren: „Entweder ist man Österreicher oder nicht.“ Das glaubt Heinz Jungwirth, seines Zeichens Generalsekretär des Österreichischen Olympischen Comités. Der Geist seines Arbeitgebers, internationalistisch ausgerichtet und dem hehren olympischen Gedanken verpflichtet, dürfte auf Jungwirth noch

nicht übergessungen sein (vielleicht ist der Zug dafür ja auch schon abgefahren). Dem dampfenden, erdverbundenen Selbstverständnis des exklusiven Österreichisch-Seins widerspricht offenbar auch nicht, dass SportlerInnen fallweise Staatsbürgerschaften wechseln wie ihre verschwitzten Trikots – während Staaten sich damit Leistung und nicht Überzeugung einkaufen. Dennoch ließ der rein österreichische Generalsekretär der Top-Tennisspielerin Tamira Paszek leichtfertig seine Botschaft ausrichten. So, als wäre er als Funktionär den Interessen Österreichs nicht viel stärker verpflichtet als die Sportlerin. Abge-



ÖOC-Parole 2008: Der Fahne treu ergeben

sehen davon: Dass sie für Österreich spielt, wie er eben für das ÖOC arbeitet, beides damit auch ein Ablaufdatum haben kann, das sollte sich der Generalsekretär einmal durch den Kopf gehen lassen. *gun*

Politikverdross: Mit Beteiligungsmodellen die Demokratie beleben?

FIT MACH MIT!

Shoppen ist lustig, aber wählen gehen macht keinen Spaß – bei der Auswahl! Bloß, die Politik ist so, wie sie ist, weil die Menschen apathisch sind. Und die Menschen sind apathisch, weil die Politik ist, wie sie ist. Ein Teufelskreis, den man nur mit weitreichenden Beteiligungsmodellen durchbrechen kann.

Text: Robert Misik, Bilder: Karin Wasner



Die Wahlen sind vorbei und das ist gut so. War ja schwer genug, sich da jemanden auszusuchen. Da ist ja nun wirklich niemand, der einen begeistern könnte. Eine politische Kraft, politische Ideen, für die man sich noch mit Leidenschaft engagieren würde? Ich bitte Sie! Inhaltlich sklerotisch, versuchen die Parteien krampfhaft ein, zwei Programmpunkte mit Hilfe von PR-Agenten unter die Leute zu bringen. Mehr können sie ohnehin nicht hoffen, als dass ein Slogan hängen bleibt. Verkaufen sich wie Seife. Das Publikum merkt's und wählt, wenn es denn wählt, das kleinere Übel. We are all politikverdrossen, now. Da lässt man sich gerne von der „Obamania“ anstecken: Ein Politiker, der wenigstens noch etwas verkörpert, der noch Hoffnungen zu mobilisieren vermag. Leider kandidiert der ein paar Tausend Kilometer westwärts. Ach, wär's schön, wenn es so einen auch hier gäbe.

Demokratie = Apathie? Aber liegt es vielleicht nicht nur an „den“ Parteien? Womöglich liegt es an einer großen Apathisierungsmaschine, die man formelhaft so beschreiben könnte: liberale, repräsentative Demokratie plus konsumistische Mentalität plus Neoliberalismus. Das ergibt ein fatales Knäuel. Die repräsentative Demokratie hat ihre Vorzüge: Sie funktioniert relativ einfach. Man wählt alle vier Jahre ein Parlament (und dazwischen noch ein paar Mal auf niedriger Ebene) Menschen, die sich stellvertretend um die öffentlichen Dinge kümmern. Diese „vermittelte“ Politik zähmt auch den politischen Eifer. Wer die Tyrannei der Mehrheit oder die Despotie des „gesunden Volksempfindens“ fürchtet, wird die repräsentative Demokratie nicht schlechtreden wollen. Ein direkterer Zugriff des Volkswillens auf die Gesetzgebung würde womöglich ganz schnell zur Einführung der Todesstrafe führen. Eine kleine „Krone“-Kampagne

würde wohl reichen. Aber sie hat auch ihre Nachteile: RepräsentantInnen kümmern sich um das Öffentliche, die BürgerInnen dürfen ungestört ihren Privatangelegenheiten nachgehen. Grassierender Privatismus ist da nicht überraschend. Vor allem, wenn noch ein paar Dinge dazu kommen: Früher waren die politischen Lager mehr als temporäre Meinungsgemeinschaften, sie waren „Gesinnungsgemeinschaften“, die die gesamten Lebenswelten strukturierten. Man war über das Parteileben politisch aktiviert. Das ist heutzutage nur mehr in Einzelfällen so. Gleichzeitig kolonisierte der Konsumkapitalismus alle Lebenswelten, und der ist nicht nur ein ökonomisches System: Er ist eine Schule des Sehens, er bildet unseren Habitus, prägt unsere Mentalitäten. So betrachtet man auch die Politik wie den Warenmarkt. Man wählt die Marke, die einem am besten zusagt, und die wird, wie Autos oder Turnschuhe, vom Marketing modelliert. Heißt: Mit einem

i s t a

WÄHLEN SIE AN
Ihre MARKE!

Wählen Sie
Ihre Marke!



PolitikerInnen sind wie Markenartikel: man entscheidet sich für eine/n. Ist Demokratie wirklich nicht mehr als ein periodischer Wahlgang?

Image versehen, einer unique selling proposition. Und zu all dem kommt noch die ideologische und praktische Ordnung des Neoliberalismus hinzu, die grob gesprochen auf eines hinausläuft: Politik soll sich zurückhalten. Sie soll vor allem die Unternehmen nicht beim Unternehmen stören. Allerdings soll sie ein offenes Ohr für „die Wirtschaft“ haben. Die BürgerInnen privatisieren, aber die Wirtschaftslobbys sind natürlich ins tagtägliche Regierungsgeschäft involviert. Was die BürgerInnen wünschen könnten, es zerschellt dann an „den Sachzwängen“. All dies zusammen gibt dann ein politisches Knäuel, in dem sich Demokratie auf Apathie reimt.

BürgerInnen aktivieren. Aber wie?

Was tun dagegen? Kann man dagegen überhaupt etwas tun? Die naheliegende Antwort ist natürlich: die Parteien müssen profilierter werden. Wer konzise, überzeugende Ideen vorlegt und authentisch sichtbar macht, dass

sie/er sich für diese selbst begeistert, wird auch andere für ihre/seine Ideen begeistern können. Nichts ist so tödlich wie das Konsensgewabere der Mittelweggefährten aller Coleur, dem sich an den Rändern das Radauspektakel der Ressentiment-Politik zugesellt. Beides sind zwei Seiten einer Medaille: Der rechte Populismus ist nur die Maskerade von Konfliktpolitik unter der Ägide des Konsenswahns, aber er ist vor allem Symptom des Unbehagens an dem Konsenswahn. Womöglich greift auch dieser „Lösungsvorschlag“ zu kurz: Profiliertere Parteien, die das politische Publikum zu fesseln vermögen, ändern nichts an der konsumorientierten Politik. BürgerInnen bleiben KonsumentInnen, bloß, dass sie mehr Begeisterung für das Produkt aufzubringen vermögen, das ihnen angeboten wird. Aktivierung ist das noch keine.

AnrainerInnen machen mobil So werden Partizipationsmodelle – jetzt übrigen

auch schon seit zwanzig, dreißig Jahren – als Königsweg vorgeschlagen. Sie klingen meist utopisch und fade-realistisch zugleich: Utopisch, weil sie vom Phantasieideal aktiver BürgerInnen getragen werden, die sich nach Feierabend im Gemeindesaal versammeln und dort basisdemokratisch die Dinge beraten und entscheiden, die sie alle angehen. Und fade-realistisch, weil sie sich dann mit so bedeutenden Fragen wie Parkbegrünung, dem Bau von Tiefgaragen oder ähnlich elektrisierenden Dingen herumschlagen. Zusammen ergibt es einen Kurzschluss: Die BürgerInnen, noch dazu wenn sie sich den Passivismus antrainiert haben, werden ihre Freizeit nicht im Bürgerhaus versitzen. Wenn sie einmal kommen, dann meist kein zweites Mal mehr, auch, weil die Dinge, die man ihnen im Nahbereich zu entscheiden erlaubt, ziemlich irrelevant sind. So können diese kleinen Trippelschritte partizipativer Beteiligung im Extremfall sogar undemokratisch

Merken Sie sich diese Marke!



Demokratie aus der Packung: Wenn die Marke Heimat Inhalte ersetzt.

sein: eine Handvoll AktivistInnen, die sich aus irgendeinem Spezialinteresse für (oder meist gegen) eine Sache engagieren, finden Gehör im Übermaß. Pointiert gesprochen: Die 17 AnrainerInnen, denen man die Tiefgarage vor das Fenster bauen will, bestimmen, dass sie nicht gebaut wird – da sie logischerweise die einzigen sind, denen sie so wichtig ist, dass sie auch zur Versammlung kommen. Und wenn tatsächlich einmal die große Mehrzahl der BürgerInnen erscheint, wie das in kleinen Kommunen gelegentlich vorkommt, dann ist das demokratische Element doch äußerst unterentwickelt: Schon bei Themen wie dem Bau eines neuen Abwasseraufbereitungssystems sind die technologischen Fragen so komplex, dass die Mehrheit letztendlich den Ratschlägen der „ExpertInnen“ folgt – den IngenieurInnen und BaumeisterInnen (die freilich auch ihre Eigeninteressen haben).

Partizipative Budgetpolitik Und was die etablierte Politik betrifft, so schlagen, ach, zwei Seelen in ihrer Brust. Einerseits weiß sie, dass BürgerInnenbeteiligung ihr einen Teil jener Legitimation zurückgeben kann, die sie durch niedrige Wahlbeteiligung und allgemeinen Politikverdruss verloren hat. Andererseits erschwert Partizipation auch „die Politik“ im Sinne von geschäftsmäßiger Verwaltung. Routinierter Technokratismus geht dann nicht mehr so einfach. Nicht selten werden Beteiligungsmodelle erst eingeführt und dann wieder abgeschafft. Meist sterben sie einen der stillen

Tode, den geübte Handhabe der Geschäftsordnung herbeizuführen vermag.

Eine Lösung für all diese Dilemmata besteht letztlich nur darin, die BürgerInnen viel weitgehend in die Regierung zu involvieren, also zu einer regelrechten Selbstregierung zu kommen. Das weltweit leuchtendste Exempel ist dafür die partizipative Budgetgesetzgebung, die die südbrazilianische Stadt Porto Alegre einführt und nun schon seit Jahren praktiziert. Die BürgerInnen stellen im Rahmen des „Orçamento participativo“ die Prioritäten des Haushalts selbst auf und

kontrollieren, ob Bürgermeister und Stadtrat sich auch daran halten. Ein Modell, das auch in Europa bereits Nachahmung findet, wenngleich noch etwas vorsichtig. In Spanien experimentiert die Stadt Rubí bei Barcelona mit der partizipativen Budgetgesetzgebung, in Deutschland haben diverse Kommunen Modellversuche gestartet – die Stadt Emsdetten etwa, Hamm in Westfalen, Hilden, und Castrop-Rauxel. Was an solchen Partizipationsmodellen faszinierend ist, liegt auf der Hand: die BürgerInnen bestimmen über das Herzstück der Politik mit. Sie müssen sich tatsächlich Gedanken darüber machen, welche Entwicklungsrichtung ihr Gemeinwesen einschlagen soll und sie müssen das auf verantwortungsvolle Weise tun. Gelder, die in ein Politikfeld fließen sollen, fehlen in einem anderen. Jeder ist betroffen – und damit auch potenziell interessiert –, nicht nur unmittelbare AnrainerInnen. Aber auch die Politik wird sich sukzessive verändern. Sie muss die komplizierte Budgettechnik so darstellen, dass sie verständlich wird. Die politische Sprache tendiert ja im Zeitalter des ExpertInnenums dahin, die Dinge möglichst kompliziert darzustellen (weil eine bestimmte Art zu sprechen als Kompetenzausweis gilt), ab nun sind die Incentives andere. Gefordert ist plötzlich: die wesentlichen Punkte so darzu-



Ein Turnschuh sorgt für den rechten Schritt.



Politik, so verkauft wie ein Erfrischungsgetränk oder Weichspüler.

stellen, dass darüber vernünftig befunden werden kann. Die etablierte Politik hat aber, insbesondere in Zeiten leerer Kassen, auch ein paar Vorteile. Apathische BürgerInnen geben, wenn gespart werden muss, ressentimentgeladen „den Politikern“ die Schuld. Involvierte BürgerInnen wissen selbst, was mit beschränkten Ressourcen möglich ist. So haben in Emsdetten die BürgerInnen darüber zu entscheiden gehabt, welche Maßnahmen getroffen werden sollen, damit der Haushalt ausgeglichen wird: Kürzungen bei Personal, bei Gebäudeunterhaltung, bei Kultur oder Sport? Sollen Rücklagen aufgezehrt werden? Die Steuern erhöht oder Kredite aufgenommen oder städtische Gebäude verkauft werden? Man entschied sich für letzteres.

NIE WAR DAS BILDUNGS- NIVEAU SO HOCH, DAS NIVEAU DER POLITIK SO NIEDER WIE HEUTE.

Eine Frage der Ressourcen Gewiss, das ist ein bisschen BürgerInnenbeteiligung in der Not, die der Neoliberalismus geschaffen hat. Und es ist auch bei weitem nicht die deliberative Beteiligungs-Demokratie der griechischen Agora. Bis zu der ist es ein weiter Weg, und gerne ist zu hören, dass es erst eine Bildungsoffensive bräuchte, zudem Zu-

gang zu Ressourcen, mindestens einen Laptop für jede/n und höchstens einen Fünf-Stunden-Arbeitstag, damit die BürgerInnen fähig sind, sich selbst zu regieren. Nur ein Hinweis: Nie war das Bildungsniveau so hoch wie heute, nie war das Niveau der Politik so niedrig wie heute. Also, der Zusammenhang zwischen Wissen und Qualität einer Demokratie ist kein so simpler. Wo die Leidenschaft existiert, sich für eigene Belange einzusetzen, folgt das nötige Wissen schon auf den Fuß.

Besser handeln Eher ist schon eine komplizierte Frage, wie man zu einer lebendigen Demokratie noch kommen soll mit BürgerInnen, die bereits weitgehend apathisiert sind. Insofern ist eine partizipative Demokratie, in der alle auf allen Ebenen der Gesellschaft mitbestimmen und sich mitverantwortlich für das Gedeihen eines Gemeinwesens fühlen, eine Utopie. Wer darüber auch nur nachdenkt, dem ist der Spott der kaltschnäuzigen RealistInnen sicher, die gerne über „PhantastInnen“ lachen. Aber noch als unerreichbares Ideal hat eine solche partizipative Demokratie ihren Nutzen, wie Colin Crouch in seinem heftig diskutierten Buch „Postdemokratie“ schreibt: schließlich sei es wichtig, „die Frage zu stellen, wie unser Handeln sich zu einem bestimmten Ideal verhält, denn nur dadurch haben wir die Möglichkeit, in Zukunft besser zu handeln.“

TEILHABE

Partizipative Demokratie, wie soll das gehen?

Partizipative Demokratie will die politische Mitwirkung möglichst vieler Menschen in möglichst vielen Bereichen. Zum einen geht es um die Demokratisierung aller Lebensbereiche – von Arbeit, Schule, Wirtschaft bis hin zum Privatleben. Zum anderen wird die Einbindung aller in die Entscheidungsprozesse der staatlichen Institutionen – etwa über Beiräte – angestrebt. Während die „Durchflutung aller Lebensbereiche mit Demokratie“ vor allem mit praktischen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, stößt die partizipative Demokratie zusätzlich auf theoretische Grenzen: und zwar dort, wo sie zur direkten Demokratie wird. Gemeinhin wird die Abgrenzung durch Aspekte wie Willensbildung, Entscheidungsfindung, Umsetzung und Kontrolle vollzogen: BürgerInnen sollen in die Willensbildung und zuweilen auch Kontrolle von Entscheidungen involviert werden. Die Entscheidung selbst treffen aber die politischen RepräsentantInnen. Schließlich sind auch nur sie der demokratischen Kontrolle unterworfen. In der Praxis fehlt es den BürgerInnen aber an effektiven Druckmitteln auf die PolitikerInnen. Umso mehr, als Wahlen kaum oder keine Alternativen bieten. Unter bestimmten Voraussetzungen können politisch aktive BürgerInnen aber gegenüber den VertreterInnen der Politik gestärkt werden. Zu einer starken Zivilgesellschaft gehören im weitesten Sinne alle gesellschaftlichen Einrichtungen, die erstens der Willensbildung dienen und zweitens nicht dem staatlichen oder parteipolitischen Einfluss unterliegen. Das sind auf institutioneller Ebene etwa Bildungseinrichtungen, Medien, kritische Vereine oder auch die Wissenschaft. Auf individueller Ebene hängt die Stärke einer Zivilgesellschaft von den Fähigkeiten und (!) Möglichkeiten der BürgerInnen ab. Neben der banalen Frage nach verfügbarer Zeit und Aufmerksamkeit geht es auch um Fertigkeiten, die über ein Bildungssystem vermittelt werden. Dazu zählen der Umgang mit Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben, Internet oder auch soziale skills wie Kritikfähigkeit und zivilisiertes Streiten. *phs*

Parteien vor dem Aus, repräsentative Demokratie am Ende?

PARTIZIPATION NICHT AUTOMATISCH BESSER

Partizipation bringt nicht grundsätzlich mehr Demokratie, sagt Brigitte Geißel. Die Citizenshipforscherin über Zynismen der demokratischen Ordnung, politische Trends und die Chance der NGOs.

Interview: Cathren Müller, Bild: WZB, David Ausserhofer

Wenn weniger Leute wählen gehen, ist das Politikverdrossenheit?

Nein, denn an ihrem Gemeinwesen haben die Leute schon noch Interesse. Sie haben aber kein Vertrauen mehr, dass ihre Interessen von den Repräsentanten vertreten werden. Insofern funktioniert die klassische Idee der repräsentativen Demokratie nicht mehr. Das ist eine allgemeine Entwicklung.

Als die Familie Zogaj abgeschoben werden sollte, konnte das auch der vereinte Protest ihres Heimatortes nicht verhindern. Woran scheitert die Zivilgesellschaft?

Wenn eine Gruppe organisatorisch oder medial zu schwach ist, kann sie sich nicht durchsetzen. Und um diesen Kampf aufzulösen, muss man es zu einem größeren Thema machen und die ganze Gesellschaft einbeziehen. Das ginge über direktdemokratische Verfahren, dann würde auch klar, ob nur eine Interessengruppe etwas durchsetzen will oder ob es ein Anliegen der gesamten Bevölkerung ist. Es ist unbefriedigend, wenn Anliegen an Repräsentanten adressiert werden, aber nichts erreichen. Andererseits

kann man es auch nicht einfach Interessengruppen überlassen, darüber zu entscheiden, was passiert.

Im Fall von Familie Zogaj würde also die Bevölkerung entscheiden, wer bleiben darf? Haben direktdemokratische Verfahren immer etwas Zynisches?

Absolut. Ja, es ist zynisch, denn die Betroffenen können nicht mitbestimmen. Man könnte natürlich direktdemokratische Verfahren von der Wahlberechtigung entkoppeln und alle Stakeholder einbeziehen. Das ist aber kompliziert, weil Demokratien territorial aufgebaut sind, was in der heutigen Welt wenig Sinn macht. Aber da sind Politik und Politikwissenschaft noch nicht so weit. Solche Menschen, und das ist extrem traurig, werden das Opfer eines alten Konzepts von Demokratie.

Wenn die etablierte Politik kaum reagiert, was hat sie von engagierten BürgerInnen?

Sie holt zivilgesellschaftliche Gruppen als Experten, weil sie ihre Expertise verbreitern und sich legitimieren will. Und sie hofft, dass durch Einbeziehung vieler Beteiligter

die Umsetzung von Gesetzen und Regeln leichter ist.

Demnach müssten NGOs doch eine größere Rolle spielen? Oder ist die repräsentative Demokratie ohnehin schon tot?

Die Entscheidungen werden ja nach wie vor von den gewählten Repräsentanten in den Parlamenten gefällt. Insofern ist die repräsentative Demokratie nicht tot. Die Frage

**ES KOMMEN DIE, DIE
IMMER KOMMEN:
MITTELKLASSEMÄNNER MIT
GUTER BILDUNG**

ist, wie man den Zugang der Experten zu den Parlamentariern besser reguliert. Zumindest müssen sich Experten und Lobbygruppen im Deutschen Bundestag akkreditieren lassen und offen legen, welche Ideen sie vertreten, woher sie ihre Gelder bekommen usw. Auch die EU-Kommission, die ja versucht, zivilgesellschaftliche Gruppen stärker einzubeziehen, will das Ganze transparenter machen. Bisher mit mäßigem Erfolg.





ZUR PERSON

Brigitte Geißel

Professor Brigitte Geißel lehrt Politikwissenschaft an der TU Darmstadt. Sie hat sich 2007 an der Philipps Universität Marburg mit der Arbeit „Politische Kritik – Gefahr oder Ressource für Demokratien“ habilitiert. Im Wissenschaftszentrum Berlin forschte sie über „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa“.

wenn die Leute vor einer Abstimmung nicht die Gelegenheit hatten, sich vernünftig zu informieren? Man weiß, dass nach Serienmorden mehr Leute für die Todesstrafe sind. Es macht ganz sicher keinen Sinn zu sagen, so, wir machen alles nur noch deliberativ in Kleingruppen. Aber es wird sich in Zukunft einiges verändern. Das ist normal in der Geschichte der Demokratie. Es sind jedoch alles langwierige Prozesse, die auch von NGOs angestoßen werden. Auch solche Fälle wie die Flüchtlingsfamilie machen bewusst, dass die heutige Form der territorialen, repräsentativen Demokratie nicht der Weisheit letzter Schluss ist.

Meinen Sie, es gibt so viele sich widersprechende Interessen, dass die Demokratie sich wandeln muss und demokratischer wird? Aktuelle Sicherheitspolitiken sprechen dagegen.

Klar. Es gibt immer Pendelbewegungen. Jetzt erleben wir in der Sicherheitspolitik die autoritären Tendenzen. Es gibt aber auch Widerspruch in der Zivilgesellschaft und einen großen Wunsch, mitzubestimmen. Es werden immer mehr Menschen, die sich engagieren.

Gibt es diesen Wunsch auch bei der so genannten „Unterschicht“?

Archon Fung von der Harvard University hat eine Initiative in Chicago untersucht, wo die Leute mit der Polizei über deren Prioritäten entscheiden sollten. Fung stellte fest, dass gerade die armen Nachbarschaften daran interessiert waren. Um die soziale Sicherheit zu erhöhen, wollten sie mit der Polizei zusammenarbeiten. Sie haben sich engagiert, weil sie gesehen haben, dass ihr Engagement

ihre Lebensumstände verbessern kann. Nur wer keine Verbindung zwischen dem, was zur Disposition steht und dem eigenen Leben herstellen kann, beteiligt sich nicht. Gerade deshalb bin ich dafür, die Bevölkerung schon beim Agenda-Setting einzubinden, damit jene Themen behandelt werden, die für sie wichtig sind.

Wie können eigentlich NGOs ihre Basis so verbreitern, dass sie Druck auf die Politik ausüben können?

Für NGOs, die den Interessen der Bevölkerung entsprechen, ist es oft gar nicht schwer, Vertrauen und Legitimität zu erlangen. Das Vertrauen in Greenpeace ist größer als das in Parteien. Ich glaube NGOs sind sehr erfolgreich darin, die Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen.

Umweltschutz ist vergleichsweise unverfänglich. Bei Flüchtlingen ist das anders.

Es gibt immer Gegeninteressen. Bei Migration fühlen sich viele Gruppen in der Bevölkerung angegriffen. Es dauert sicher lange, bis Menschen sehen, dass Diversität auch etwas Gutes ist. Es wird auch keinen Sinn haben, Interessen durchzusetzen, die ein großer Teil der Bevölkerung noch nicht hat.

Muss man einfach anerkennen, dass manche Ideen nicht konsensfähig sind?

Nein, denn das kann sich auch wieder ändern. In den 70er Jahren hat sich niemand für Umweltschutz interessiert. Was jetzt als irrelevant oder bedrohlich betrachtet wird, kann in 20 Jahren konsensfähig sein.

Die territoriale, repräsentative Demokratie ist nicht der Weisheit letzter Schluss.

Sie arbeiten zu neuen Formen der Governance. Können Sie eine bestimmte Richtung ausmachen?

Es gibt einiges Neues. Direktdemokratie wird derzeit von vielen Ländern eingeführt, zumindest auf lokaler Ebene. Es gibt neue Konsultationsverfahren, die Agenda 21 oder die dänischen Konsensuskonferenzen. Da tut sich viel. Es kommt aber immer auf das Design an. Bei einer Citizen Jury sagt man, alle, die kommen wollen, sollen kommen und mitentscheiden. Auf diese Weise kommen natürlich die, die immer kommen. Also Mittelklassenmänner mit guter Bildung. Eine Auswahl nach einem sozialen Schlüssel der Community könnte das verhindern. So würden dann Frauen dabei sein oder auch Migranten. Partizipative Verfahren sind nicht automatisch demokratischer, wenn ein großer Teil der jeweiligen Bevölkerung ausgeschlossen wird.

Wäre es ein Schritt der Demokratisierung, Repräsentation durch Partizipation zu ersetzen?

So einfach ist das nicht. Denken Sie an das Problem der Information. Was kommt heraus,

Mit Dritten im Bunde: Wie man richtig freunderlt.

DIE GESELLSCHAFT IST WIE EINE POKERRUNDE

Die Rede über politische Partizipation ist schön und gut. Wie aber stehen überhaupt die Chancen auf Beteiligung? Harald Katzmaier, renommierter Netzwerkanalytiker, über ein hermetisches System namens Österreich.

Interview: Ernst Pohn, Bild: Karin Wasner

Herr Katzmaier, es heißt immer wieder: BürgerInnen sollen sich doch an politischen Prozessen beteiligen. Es stellt sich die Frage: Ist Mitsprache ohne ein Netzwerk überhaupt möglich?

Die Frage ist berechtigt. Es ist eine Tatsache, dass selbst das größte persönliche Potenzial nichts bringt, wenn es nicht genutzt und umgesetzt werden kann. Dazu sind Beziehungen notwendig.

Das klingt leicht. Was braucht es denn, um zu solchen Beziehungen zu kommen?

Es geht darum, für jemanden so interessant zu sein, dass diese Person etwas mit mir zu tun haben möchte. Wir haben nur begrenzte Zeit zur Verfügung um Beziehungen zu pflegen, das sind am Tag etwa 14 bis 15 Stunden. Für diese Zeit müssen wir entscheiden, mit wem wir sie verbringen wollen.

Macht geht oft von Netzwerken aus, wie wird man für sie interessant?

Netzwerke sind nichts anderes als Verbindungen, in denen Energie fließt, also ein Austausch von Information, Wissen oder Gütern stattfindet. Dieser Fluss basiert auf Ungleich-

heit, bei völliger Gleichheit wäre kein Austausch möglich. Für die Teilnahme an einem Netzwerk ist es deshalb wichtig, dass man etwas zu geben hat. Ich stelle mir die Gesellschaft gerne wie Pokerrunden vor, in denen ein bestimmter Eintrittspreis zu bezahlen ist. Wer arm ist oder nichts zu geben hat, muss draußen bleiben.

**UNTERSCHIEDLICHKEIT
IST NOTWENDIG, ERST
SIE GARANTIERT DEN
ENERGIEFLUSS.**

Ist das politische Netzwerk in Österreich auch so beschaffen?

Das große Problem in Österreich liegt darin, dass ein sehr dichtes, nach innen orientiertes Netzwerk besteht. Wir haben es mit einem politischen Apparat zu tun, der extrem in sich geschlossen ist. Es ist ein institutionalisiertes Netzwerk, das über mehrere Jahrzehnte hinweg gewachsen ist. Die Deals werden ausschließlich innerhalb dieses Systems geschlossen. Drinnen kennt jeder jeden,

das ist schon seit 30, 40 Jahren so. Wer draußen ist, hat kaum eine Chance mitzureden. Es gibt nur 0 und 1, man ist entweder drinnen oder draußen.

Wer ist Teil dieses Netzwerks?

Dazu gehören in erster Linie die politischen Parteien mit ihren Vorfeldorganisationen. Politische Funktionäre machen in den Parteien Karriere und werden über diese Funktionen in der Wirtschaft und in anderen Bereichen verteilt. Das sind Medien, staatsnahe Betriebe, Ministerien oder sozialpartnerschaftliche Institutionen. Das Herz des Netzwerks bleiben aber die politischen Parteien.

Gibt es dennoch Wege, etwa für eine NGO, hier einzudringen?

Möglichkeiten gibt es, vor allem über Leute im System, die mit ihrer Situation unzufrieden sind und Kontakt nach außen suchen. Das können junge Leute sein, die die Inspiration von außen brauchen. Wenig Sinn macht es, sich an Personen zu wenden, die in ihren Ressourcen schon überlastet sind. Es hat keinen Zweck zu versuchen, eine Beziehung zur Nummer Eins aufzubauen.



Ich stelle mir die Gesellschaft gerne wie Pokerrunden vor, in denen Eintritt zu bezahlen ist.

Wie baut man solche Kontakte auf?

Das funktioniert nur über Dreiecksbeziehungen. Dazu ist es zielführend, sich an Leute zu wenden, die man schon kennt. Über diese Bekannten versucht man eine Dreiecksbeziehung zu anderen herzustellen, nach dem Motto: Ich kenne Sie, Sie kennen jemand anderen, schauen wir, dass wir uns gegenseitig kennen lernen. Die Stärke einer Beziehung zwischen zwei Personen hängt davon ab, wie viele gemeinsame Freunde und Feinde man hat. Erst wenn gemeinsame Dritte miteinbezogen werden, entsteht Vertrauen und man öffnet sein weiteres Beziehungsumfeld. Eine NGO sollte bestrebt sein, dass sich Leute untereinander kennen lernen, so werden die Beziehungen schlagkräftiger. Durch die systematische Schaffung solcher Dreiecksbeziehungen

entstehen starke Beziehungen, über die dann mehr Einfluss möglich ist.

Also eine Möglichkeit, um im System mitzuspielen?

Ja, man kann reinkommen und mitspielen. Die Regeln innerhalb des Systems kann man damit aber nicht ändern.

Ist es wirklich nötig, Teil des Systems zu werden? Genügt es nicht, von außen eine Kampagne zu starten?

Dazu müssen aber ebenso Verbindungen mit den Medien geschaffen und Dreiecksbeziehungen aufgebaut werden. Es ist notwendig, einen Supporter in einen Promoter zu verwandeln. Und das funktioniert nur, in dem dieser sein Tun bestätigt bekommt. Er

ZUR PERSON

Harald Katzmaier

Harald Katzmaier leitet seit elf Jahren das Unternehmen FAS.research, die Forschungsgesellschaft für angewandte Sozial- und Strukturanalyse. Sie führt Netzwerkanalysen für Wissenschaft und Wirtschaft durch. Harald Katzmaier studierte Soziologie und Philosophie.

muss die Legitimation zu seinem Handeln von einem Dritten bekommen, eben über eine Dreiecksbeziehung.

Wie kann ich mich noch für ein Netzwerk attraktiv machen?

Es muss ein gegenseitig befruchtendes Verhältnis entstehen. Dazu ist eine entsprechende Unterschiedlichkeit der Personen oder Gruppen notwendig, da erst dadurch der Energiefluss garantiert ist. Die Basis ist ein Austausch, zu große Ähnlichkeit schadet.

Oft erweisen sich sehr unterschiedliche Standpunkte aber für Zusammenarbeit eher hinderlich.

In solchen Fällen ist das richtige bridging notwendig. Das bedeutet, dass unterschiedliche Ausgangspositionen akzeptiert werden, um ein neues, gemeinsames Ziel zu finden. Man spricht damit dem jeweils Anderen die Existenzberechtigung nicht ab und bringt dennoch seine eigenen Themen weiter. So können auch zwischen Konservativen, Liberalen oder Sozialisten gemeinsame Ziele erkannt werden. Wenn eine Partei zum Beispiel mit der Aussage ‚Null Toleranz gegenüber Kriminalität‘ oder ‚Null Toleranz gegenüber Kinderschändern‘ wirbt, so könnte man dieser den Standpunkt ‚Null Toleranz gegenüber den Ursachen der Kriminalität, fehlender Ausbildung und Armut‘ entgegenhalten. Da wird niemand dagegen sprechen und es ist möglich in einer gemeinsamen Richtung zu arbeiten.

Ein Vorgehen, das Sie auch NGOs empfehlen?

Non Profit Organisationen sind dann erfolgreich, wenn sie nicht Parteipolitik mitmachen, sondern wenn es ihnen gelingt zu bridgen. Das wird aber zu selten gemacht. Ziel muss sein, eine win-win Konstellation zu finden. Das gelingt natürlich nicht immer.

CRITICAL MASS

Ziel: Gefühl für den öffentlichen Raum bekommen. Und diesen zurückzuerobern.

Bild: Paul Sturm

Seit einigen Monaten finden auch in Wien jeden dritten Freitag gemeinsame Ausfahrten von RadfahrerInnen statt. Die unreflektierte Dominanz der Autos in der Stadt soll hinterfragt werden. Anderen Mobilitätsformen Platz eingeräumt werden. Und jedes Mal werden es mehr: 500-800 TeilnehmerInnen zählen die Touren mittlerweile. Entstanden ist das Konzept in den 90er Jahren in den USA.

Hinter Critical Mass steckt niemand. Per Definition gehören alle dazu, die jetzt in diesem Moment „hier“ sind. Es gibt keine zentral Verantwortlichen, keine Ansprechpersonen – wie etwa bei einer Kundgebung. Man hält sich an die Straßenverkehrsordnung, alle sind für ihr eigenes Tun verantwortlich. Die Route wird von den vorne Fahrenden eingeschlagen. Termin und Treffpunkt stehen fest. Innerhalb der Bewegung gibt es lose Gruppen, die einzelne Aufgaben übernehmen. Manche betreiben eine Website, dokumentieren die Radrunden und bieten ein Diskussionsforum, um Critical Mass zu reflektieren. Andere bemühen sich um eine Gesprächsbasis mit der Polizei: Ein Tanz auf der Rasierklinge, denn für die Exekutive wäre es angenehmer, wenn jemand für alle sprechen würde.

Critical Mass ist monothematisch. Weil niemand für Critical Mass sprechen kann, kann es auch keine kollektive Solidarisierung mit anderen politischen Anliegen geben als jenem, dem die TeilnehmerInnen per Einladung gefolgt sind: Die Rückeroberung des öffentlichen Raums mit dem Fahrrad. So werden etwa Flyer für andere Anliegen an MitradlerInnen verteilt, es wird aber nicht gerne gesehen, wenn aus der Gruppe heraus PassantInnen damit versorgt werden. Damit wäre Critical Mass vereinnahmt. Das heißt nicht, dass die teilnehmenden Individuen unpolitisch sein müssen. Im Website-Forum verabreden sich Einzelne, im Anschluss an die Ausfahrt an dieser oder jener politischen Veranstaltung teilzunehmen. Doch um Repräsentationsdruck hinten zu halten, wird von den TeilnehmerInnen Disziplin verlangt, die Critical Mass nicht zu vereinnahmen. *phs*

Treffpunkt in Wien:
jeden dritten Freitag 16.30 Uhr,
Margaretenplatz, 1050 Wien.
www.criticalmass.at



Informationsgesellschaft: Kommt bei Jugendlichen nicht gut an.

DER STRACHE WAR IN DER DISCO

Wählen ab 16 Jahren ist cool. Meint die Politik. Und ließ erstmals bei Nationalratswahlen Teenager wählen. Wie aber filtern sie Informationen? Verfügen Jugendliche über genügend Medienkompetenz? Ein leises Plädoyer für Medienunterricht.

Text: Maria Sterkl, Bilder: Bernhard Kummer

Werner Faymann? Sagt mir nichts“, meint Patrick. Der 17-jährige Industriekaufmann-Lehrling durfte heuer zum ersten Mal wählen. Und er ist nicht der einzige, der mit dem Kanzlerkandidaten nichts anzufangen weiß. Wer auf Wiens größter Shoppingmeile mit Österreichs Jungwahlvolk spricht und Politikerhass erwartet, wird schnell korrigiert: Die Kids schimpfen nicht auf „die da oben“ – sie kennen sie gar nicht. Internet, Satelliten-TV, Privatradio: Nie waren Teenager so gut mit Medien versorgt wie heute. Doch was davon an Nachrichtenmaterial hängen bleibt, ist erstaunlich wenig. Wann hat Patrick das letzte Mal Nachrichten gelesen? „Gestern.“ Woran erinnert er sich? „An das Wetter.“ Wie lautete die Prognose? Patrick überlegt kurz, schaut zum Himmel, und antwortet grinsend: „Schön.“

Präsenz statt Kompetenz Was früher Umgang mit Medien genannt wurde, heißt heute Medienkonsum – Buchstaben und Bildpunkte als neue Maßeinheiten der Information. Oder, wie Patrick sein Bild der Kronen Zeitung formuliert: „Steht eh alles drin, was ich wissen muss.“ Die auflagenstärkste Tageszeitung Österreichs? „Die Presse.“ Der Herausgeber der Kronen Zeitung? „Keine Ahnung.“ Wem der ORF gehört? Schulter-



Patrick, 17, Industriekaufmann-Lehrling: „Schau am liebsten Pro7-Austria.“

zucken. Woher sollte er es auch wissen: In den Schulen spielt Medienbildung keine Rolle. „Ich war vier Jahre in einer Privatschule“, erzählt Matthias. „Da hat man 400 Euro bezahlt, aber über Medien oder Politik haben wir nichts gelernt.“ Anders in der Berufsschule. „Da halten wir Referate über irgend-

was aus der Zeitung und dann diskutieren wir.“ Matthias glaubt, dass nichts stimmt von dem, was in der Zeitung steht. Medien würden Nachrichten nach Eigennutzen gestalten. Bei der Frage, wer in Österreich mehr Macht besitzt, die Medien oder die Politiker, sind sich die beiden Lehrlinge einig: „Die Zeitungen.“ Matthias kennt die Kronen Zeitung – deren Inseratenkunde Werner Faymann hingegen ist auch für ihn ein Unbekannter. Und Patricks Ansicht nach kommt für Packerleien mit Medien ohnehin nur ein Politiker in Frage: „Der Strache. Der war ja auch in der Disco.“

16-Jährige? Sollen nicht wählen Ein paar Meter weiter warten gerade Anne und Alina auf eine Freundin. „Wenn ich was wissen will, frag ich meine Mutter“, beschreibt Alina ihr Informationsverhalten. Freundin Anne besucht das Gymnasium Rahlgasse, eine liberale Reformschule im sechsten Bezirk. Sie schätzt den „Standard“ als leserstärkste Zeitung Österreichs ein und gibt an, ihn auch hin und wieder zu lesen. Der Name Faymann ist der 15-Jährigen dennoch nie begegnet, was nichts daran ändert, dass sie „am ehesten SPÖ“ wählen würde. Was sie aber ohnehin noch nicht darf. Das sei auch gut so, befindet Annes Freundin Alina: „Ich finde



Alina, 15, Schülerin: „Wenn irgendwas passiert, erzählt mir das meine Mutter.“

das so dumm, dass 16-Jährige wählen dürfen, weil ich weiß, wie die 16-Jährigen sind. Die wählen alle den Strache.“ Alina hingegen ist 15 und würde ungültig wählen: „Ich kenne mich nicht gut genug aus, um wählen zu gehen“. Nachrichten verfolgt sie, wenn sie in Zeitungsform „irgendwo herumliegen“ oder zufällig aus dem Radio tönen. Wie zum Beispiel heute Nachmittag, als eine Sendung lief, „wo Politiker hinkommen und wo man anrufen kann.“ Ob sie sich noch erinnern kann, was das Thema war? „Studiensteuer oder sonst irgendwas soll weggemacht werden.“

Standard-Zeitung? Zu langweilig

Lächelnder Faymann, grinsender Molterer: Ein paar Wahlkampfstände weiter lehnt ein Grüppchen gut gelaunter Burschen an der Hausmauer einer Bawag-Filiale. Ein Neuer kommt dazu, begrüßt alle mit zwei Wangenküssen und Händedruck. „Das machen wir immer so“, erklärt Arlind. „Die Moslems machen's zweimal, die Katholiken dreimal.“ – „Was redest du da?“, meckert Manuel. „Ich bin Kroat, aber kein Ustascha. Ich will keine Serben umbringen.“ Manuel und Arlind besuchen die HTL, der 18-jährige Florim ist Tontechniker, der 17-jährige Valon macht gerade eine Elektrikerlehre. Irgendwer von ihnen sei immer hier, sagt Valon und raucht sich eine Marlboro an. Was sie tun? „Einfach da sein und schauen.“ Zeitung lesen würden

sie jeden Tag, und zwar „die Heute-Zeitung“, sagen Valon und Arlind. Sie sei zwar am wenigsten glaubwürdig von allen, „aber man hat sie so schnell in der Hand.“ Mehr Vertrauen hat Arlind in „die Standard-Zeitung“, die in der Gruppe allerdings niemand liest: „Zu beschäftigt“, meint Florim. „Zu langweilig“, sagt Arlind.

Werner Faymann löst auch bei den Bawag-Kids Kopfschütteln aus. Nur Florim kann aushelfen. „Strache ist für die Blauen, Haider für die Orangen, der Van Dell für die Grünen...dann ist das der Neue von den



Arlind, 17, Schüler: Hält „Heute“ zwar für unglaublich, liest sie aber trotzdem: „Zur Unterhaltung.“

Roten.“ Beifall in der Gruppe. Und für die Schwarzen? „Diese Schüssel“, glaubt Florim. „Nein, die Ferrero“, meint Arlind. Kleine Hilfe, es ist ein Barträger. Darauf Arlind: „Die Kdolsky!“ Na dann... Und was sollte die Politik eigentlich ändern? „Was der Strache gegen die Kopftücher sagt“, das stört Arlind. Und sonst? „Passt alles“, findet Valon, „alles außer Strache.“ Auf die Frage nach der leserstärksten Zeitung erklärt Manuel: „Das ist Österreich. Und dann kommt gleich Heute. Hab ich in der Heute gelesen.“

Faust statt U-Bahn-Zeitung „Das ist ein Wahnsinn, das ist gefährlich, das gehört abgeschafft“, ärgert sich Xiangyu Wu, wenn er den Namen der U-Bahn-Zeitung hört.

Wir stehen im beschaulichen Innenhof des Wiener Schottengymnasiums, gleich muss Xiangyu wieder in den Unterricht. Doch für ein Gespräch über Medien nimmt er sich gerne Zeit. Denn sie hätten ihn einfach „enttäuscht“.

Nicht nur der Boulevard, der „mehr als Manipulation, ja fast schon Propaganda“ betreibe, auch Qualitätszeitungen: „Man weiß ja: Der Standard ist eher rot, die Presse eher schwarz. Klar wird da vorgefiltert.“ Dafür hat er Verständnis: „Jede Zeitung braucht ihre Zielgruppe, niemand kann alle erreichen.“ Um mehrere Zeitungen zu lesen fehle ihm aber die Zeit. Was er stattdessen liest? „Goethe.“ Xiangyu ist sich bewusst, „nicht die Norm“ zu sein, wenn er fordert: „Warum lesen die Leute in der U-Bahn nicht Faust?“ Xiangyus Mediensepsis hat Gründe. Bis vor acht Jahren lebte er in China: „Meine Mutter ist voll vom Kommunismus manipuliert.“ Das aktuelle Geschehen erfährt er im persönlichen Gespräch – „mit Lehrern, mit Kontakten“. Doch auch



Xiangyu, 18, Schüler: „Die Medien haben mich enttäuscht.“

er kann Werner Faymann nicht zuordnen: „Das ist der auf dem Plakat“, sagt Xiangyu – und nach kurzem Überlegen meint er: „Sehen Sie? Die Medien sind eine sehr gute Waffe. Wenn ich Politiker wäre, würde ich sie auch nutzen. Aber weil ich keiner bin, fall' ich nicht drauf rein.“



Illustration: Petja Dimitrova

ZUR PERSON

Günther Hopfgartner

Günther Hopfgartner ist Chefredakteur von „Volksstimmen – Magazin für Soziale Bewegungen“ sowie Geschäftsführer des badeschiff_wien am Wiener Donaukanal.

NICHTS MEHR DA

Am Mangel partizipieren

Die Sozialforen galten kürzlich noch als Hoffnung emanzipatorischer Politik. Warum sie sich aufgelöst haben, hängt mit der paradoxen Forcierung flacher partizipativer Modelle zusammen. Kommentar: Günther Hopfgartner

Kein Bedarf mehr an der Vernetzung fortschrittlicher gesellschaftlicher Kräfte? Eigentlich nicht: Die Zeiten werden schlechter. Zumindest für jene unter uns, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben. Das ist statistisch evident und für immer mehr Menschen unmittelbare Alltagserfahrung. Dennoch ist nicht absehbar, dass dagegen der große Aufstand losbrechen würde. Im Gegenteil, der „Volkszorn“ entlädt sich in der Stimmgabe für Rechtspopulisten aller Couleur.

Gesellschaftliche Verhältnisse, die also nach einer vernetzten Anstrengung linker, radikaldemokratischer Kräfte verlangen würden, stabilisieren sich weitgehend ohne erkennbare Opposition: Bürgerrechte und Bewegungsfreiheit werden im Namen der Sicherheit eingeschränkt, soziale Sicherungssysteme weiter abgebaut. Zum Ausgleich explodieren die Lebenshaltungskosten für BezieherInnen kleiner und mittlerer Einkommen.

Eine Orientierung zu tradierter StellvertreterInnenpolitik macht sich breit, die sich auch bei NGOs, Gewerkschaften und Linksparteien seit geraumer Zeit etabliert.

Warum aber richten wir uns mehrheitlich ausgerechnet in jener gesellschaftlichen Misere häuslich ein, die uns das Leben zunehmend schwerer erträglich macht?

Wir wissen's halt nicht besser! Was wiederum seine Ursache nicht unbedingt in individuellen Bildungsdefiziten hat, sondern vielmehr in der Komplexität und Unübersichtlichkeit der gesellschaftlichen Probleme, mit denen wir uns konfrontiert sehen. Problemlagen, auf die uns der Alltagsverstand zunächst nur eine eingeschränkte Sicht gewährt.

Genau an diesem Punkt setzten aber die Sozialforen an: Ihnen ging es darum, die disparaten Lebens- und politischen Kampferfahrungen miteinander in Beziehung zu setzen. Und über diesen Prozess des Austausches – und nicht über eine all-

umfassende Großtheorie – Einsicht in globale wie lokale gesellschaftliche, soziale, ökonomische, politische Prozesse zu gewinnen. Im besten Fall fiel dabei auch gleich eine Idee für effektiven Widerstand oder eine spannende Alternative ab.

Effizienz-Diskurse Die politische Klasse andererseits reagiert auf die Herausforderung der globalen gesellschaftlichen Veränderungen mit autoritären Effizienz- und Macher-Diskursen. „Die Effizienz der Aktion der europäischen Institutionen ist die Hauptquelle ihrer Legitimität“, wusste etwa Romano Prodi im Jahr 2000 vor dem Europaparlament zu berichten. Und blieb damit in Parlament und europäischer Presse weitgehend unwidersprochen.

„Nicht reden, sondern handeln“, ist schließlich mittlerweile bis in fortschrittliche Kreise hinein die Prämisse jedweder politischen Aktivität. Wenn aber Effizienz und nicht Transparenz und Durchlässigkeit die politischen AkteurInnen legitimiert, bleiben letztlich die Betroffenen aus den politischen Entscheidungsprozessen ausgesperrt. Partizipation, noch vor wenigen Jahren ein wesentlicher Referenzbegriff in den öffentlichen Debatten über Demokratie und gesellschaftliche Entwicklung, heißt heute entsprechend gerade noch Mitarbeit bei der gesellschaftlichen Mangelverwaltung.

Eine Orientierung zu tradierter StellvertreterInnenpolitik macht sich breit, die sich auch bei vielen NGOs, Gewerkschaften und Linksparteien seit geraumer Zeit etabliert.

Dass dabei die Sozialforen mit ihrem reflektierten, radikal-partizipativen Ansatz auf der Strecke bleiben würden, war abzusehen.

Andererseits: Nachhaltige gesellschaftliche Veränderung zum Wohle aller wird in diesem Jahrtausend wohl nur über komplexe Prozesse zu haben sein, in denen die Betroffenen ihre Interessen in einem vernetzten Prozess selbst artikulieren. So gesehen hat die Idee der Sozialforen noch eine erfolgreiche Zukunft vor sich.



Visionen. Halluzinationen. Alpträume. > Zur Zukunft der Universitäten

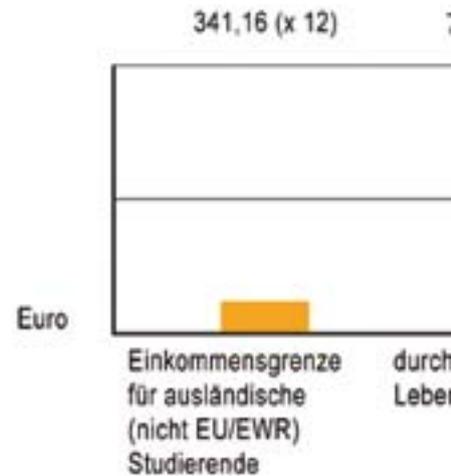
Die anstehende Reform des Universitätsgesetzes will die Universitäten international wettbewerbsfähig machen. Managementstrukturen mit starker Hierarchie werden dabei ebenso gefördert wie die Bildung von Eliten, während Mitbestimmung auf demokratischer Basis zunichte gemacht wird. Ziel ist die Instrumentalisierung von Universitäten für neoliberale Wirtschaftsinteressen. Dabei bedient sich die Politik der Strategie, die Möglichkeit zur Partizipation durch die Veranstaltung von öffentlichen Diskussionen und eine demokratische Rhetorik vorzugaukeln. Im Gesetzesentwurf findet man allerdings nicht viel davon.

BM.W.F.

Bundesministerium für Wasted Futures
wasted.futures@gmail.com

Universitäten

Ausländische Studierende

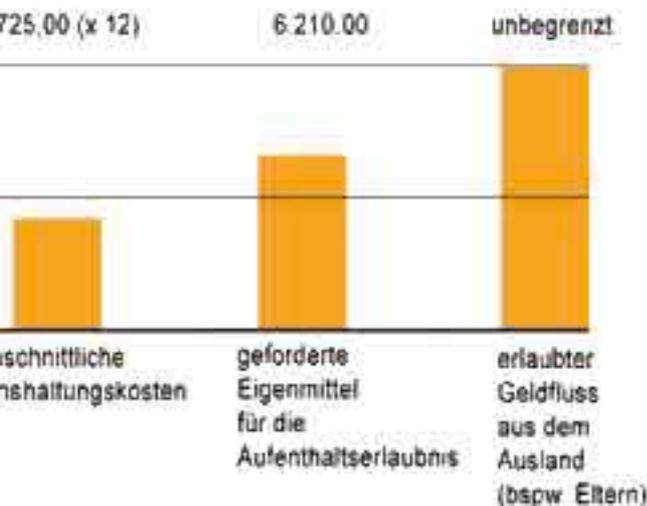


Die Zahl der ausländischen Studierende sollen sich dem Wettbewerb um die

Die durchschnittlichen Lebenslöhne über der Einkommengrenze für Studierende. Das zieht nach sich, dass ca 80% der Studierenden um eine Aufenthaltserlaubnis zu kämpfen haben, da keine strafrechtlichen Verurteilungen Studierende in die Illegalität treiben. Die legalen Arbeitsmöglichkeiten sind in den Arbeitsbereichen, da alle anderen Arbeitsbereiche mit sich bringen würden. Ein Überleben ohne familiäre Unterstützung ist nicht möglich. Zusätzlich müssen einmal im Jahr die Arbeitsmöglichkeiten nachgewiesen werden, um die Aufenthaltserlaubnis zu erhalten - wo soll diese Summe legal verdienen, wenn schon monatlich die Kosten für die Aufenthaltserlaubnis aufgehoben - das wird eine Steigerung sein.

n als Unternehmen >

ende an österreichischen Universitäten



nden in Österreich wächst kontinuierlich. Österreichs Universitäten besten Studierenden aus dem Ausland offensiv stellen.

haltungskosten für Studierende in Österreich liegen ausländische Studierende

Prozent der Studierenden illegal arbeiten müssen.

erlangen, muss unter anderem nachgewiesen werden, Urteile vorliegen, während die Gesetzgebung selbst

beschränken sich zudem auf unprofessionelle Arbeitsmöglichkeiten ein zu hohes Einkommen

terstützung aus dem Ausland ist demnach legal nicht möglich.

hr 6.210 Euro (permanent steigend) Eigenmittel

ufenthaltserlaubnis zu erlangen

dient werden,

n das Einkommen übersteigen?

nzung für Studiengebühren für ausländische Studierende

gerung der Ausgaben in nächster Zukunft verursachen.

Dröbning ist ein
Menschenrecht!
Stoppt die Ökonomisierung
& soziale Selektion
an den Hochschulen!!

Kapital.

Ausbeutung.

Profit. >

Ihre Person zählt!

- werden Sie Teil der

Statistik und helfen Sie

mit, schon beschlossene

Reformen mit einem

demokratischen Touch

zu legitimieren!



WO DAS LEBEN QUALITÄT BEKOMMT  **NATÜRLICH FAIR**

Das milde Aroma von Kaffee Orgánico verbindet Genuss mit der Achtung der Menschen, die ihn kultivieren und der Natur, in der er gedeiht. Daraus erwächst Kaffee-kultur mit Zukunft.

EZA Fairer Handel GmbH · Wenger Straße 5 · 5203 Köstendorf, Austria · T 06216/20200-0 · office@eza.cc · www.eza.cc

DIE MASKE

Zeitschrift für Kultur- und Sozialanthropologie



Vertriebsstellen:
 Facultas NIG
 Facultas Campus
 Morawa Wollzeile
 Die Rosa-Lila-Villa
 Buchhandlung Winter
 Buchhandlung Löwenherz
 Delikatessen-Videothek 8 1/2
 Sowie Onlinebestellservice
 unter www.diemaske.at

Themen dieser Ausgabe: Rassismus | Queer-Studies | Europa

www.diemaske.at Nr. 3 | Juni 2008 | EUR 3,50

AMURT im Einsatz für eine menschenwürdige Welt

Hilfe zur Selbsthilfe

AMURT unterstützt Ausbildungen zum Zimmermann und Maurer




Ausbildungszentrum Mabil, Bahr el Ghazal, Südsudan

Nähere Informationen finden Sie unter: www.amurt.at

SPENDENKONTO RLB NÖ-Wien
 10.108.884 BLZ 32.000

AMURT (Österreich)
 Hütteldorferstraße 253, 1140 Wien, austria@amurt.org




EZA – NATÜRLICH FAIR  **NATÜRLICH FAIR**



Seit 1975 setzt die EZA – Österreichs größte Fair Trade Importorganisation – den Fairen Handel in die Praxis um. Aus anonymen ProduzentInnen werden Menschen mit Gesicht und Stimme. In ihrem Angebot spiegeln sich Können und Kreativität von über 100 Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Genuss und Ästhetik verbinden sich mit Verantwortung gegenüber Mensch und Natur zu einem sinnvollen Ganzen.

EZA Fairer Handel GmbH · Wenger Straße 5 · 5203 Köstendorf, Austria · T 06216/20200-0 · office@eza.cc · www.eza.cc

Jede/r dritte Zuwanderer/in ist deutsch!

37.000 Personen sind nach offizieller Statistik im Jahr 2007 nach Österreich zugewandert. Entgegen dem verbreiteten Bild vom „Tschuschen“ sind Deutsche (rund 11.000 Personen) die mit Abstand größte Gruppe von MigrantInnen. mw

DEMOKRATIESTUDIE

Wie wird man rechts?

Angst und die Erfahrung von Ausgrenzung sind Hauptursachen für die Entwicklung rechtsextremen Gedankenguts. Das ist das zentrale Ergebnis einer Studie der Universität Leipzig mit dem Titel „Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen“. Die WissenschaftlerInnen orten zudem eine besorgniserregende Selbstverständlichkeit bei der Äußerung ausländerfeindlicher Resen-



Rechte haben Angst vor dem Ausgesperrt sein.

timents sowie eine alarmierende Gering-schätzung des demokratischen Systems. Entscheidende Faktoren für die Entwicklung des Demokratiebewusstseins seien die Aufarbeitung von NS-Vergangenheit, Autorität und Gewalt in der Erziehung sowie von deren Einfluss auf das Einfühlungsvermögen eines Menschen. „Je mehr Raum kindlicher Phantasie eingeräumt und je weniger autoritäre Prägung durch Eltern oder Lehrer erfahren wurde, umso deutlicher sind die Menschen als Erwachsene demokratisch eingestellt“, resümiert Co-Autor Oliver Decker. mw

Aus für „Nur-Inländer“-Jobangebote

In einem bahnbrechenden Urteil hat der Europäische Gerichtshof in Luxemburg entschieden, dass auch eine allgemeine Diskriminierung von Ausländern am Arbeitsmarkt als „unmittelbare Diskriminierung“ gilt, selbst wenn kein Fall eines direkt Betroffenen vorliegt. Damit werden Jobangebote „nur für Inländer“ EU-rechtlich illegal. mw

Aus für Deutschkurse vorm Einwandern?

Folgenreiches Urteil des Europäischen Gerichtshofs: In einem Fall aus Deutschland wurde entschieden, dass die Familienangehörigen eines nicht-deutschen EU-Bürgers ohne Sprachtest in das Land gelassen werden müssen. Auch in Österreich fordern derzeit manche Parteien Sprachtests vor der Einreise. mw

Mexiko: Schubhaft abgeschafft

In Mexiko aufgegriffene, illegalisierte EinwanderInnen kommen ab sofort nicht mehr ins Gefängnis, sondern müssen stattdessen zwischen 65 und 315 Euro Strafe zahlen. Vor der Gesetzesänderung waren sogar bis zu zehn Jahre Haft möglich, wenn auch die meisten Betroffenen ohnehin abgeschoben wurden. mw



Geldstrafen statt einsperren.

Wieso kann man nicht auch zwei Länder haben, wo man sich gut fühlt?

INTERVIEW

Nationalismus ist eine Frage der Interpretation

Ivica Vastic ist Österreichs beliebtester „Ausländer“. 1991 kam er aus Jugoslawien nach Wien. Was der 38-jährige LASK-Star über Mentalität, den Selbstmordversuch eines Jugendlichen, Serben und Kroaten und eine Headline der Kronen-Zeitung denkt, erzählte er Kerstin Kellermann im bislang ausführlichsten Vastic-Interview der Welt. Bilder: Paul Sturm

Sie sind sozusagen Österreichs ‚Lieblingsausländer‘ und gelten als Beispiel für erfolgreiche Integration. Fühlen Sie sich als integrierter Migrant?

Ich fühle mich wohl in Österreich und freue mich, dass die Leute das erkennen. Ich bin kein Freund von großen Sprüchen. Ich versuche mein Leben zu führen und mich voll zu integrieren in die österreichische Mentalität, die ich sehr schätze. Ich akzeptiere die Menschen, so wie sie sind, egal von wo sie kommen, ob sie Österreicher sind oder andere – ich respektiere jeden Menschen als Mensch, ich schaue wenig auf Nationalität oder Hautfarbe. Ich glaube, dass die Leute das an mir schätzen.

Was meinen Sie mit österreichischer Mentalität?

Jeder hat seine Gewohnheiten. Jedes Land pflegt eigene Gewohnheiten, obwohl ich das nicht verallgemeinern will. Ich sage nicht, alle Österreicher sind gleich oder alle Kroaten sind gleich. Überall gibt es gute und schlechte Menschen, ich schaue immer von Person zu Person. Ich versuche, mich mit

den Guten aufzuhalten, meine Kraft für positive Dinge einzusetzen.

Was denken Sie über Arigona Zogaj und ihre Familie? Wie würden Sie damit umgehen, wenn eine Jugendliche mit Selbstmord droht?

Das ist ein schwieriges Thema, mir fehlt hier der Einblick. Ich weiß nicht, was von der Medien-Berichterstattung richtig, was falsch ist.

Es gab auch eine ähnliche Geschichte wegen eines jungen Afrikaners, der beim LASK ein Probetraining absolviert hat. Haben Sie davon gehört?

Meinen Sie diesen guten Spieler aus Nigeria, der vor kurzem im Probetraining war?

Ich spreche von einem jungen Flüchtling, der an seinem 18. Geburtstag einen Selbstmordversuch mit einem Messer verübt hat. Er kam ins Krankenhaus und lebt. Der Junge hat sich mit elf Jahren alleine bis nach Österreich durchgeschlagen, weil seine Eltern tot sind. Beim LASK war er zum Probetraining.

Davon habe ich nichts gehört. Ein wirklich hartes Schicksal, andererseits ist ein Selbstmordversuch nicht die richtige Methode, sich durchzusetzen. Es gibt auch andere Vereine. Sagen Sie ihm von mir, das Leben ist schön, auch wenn es manchmal steinig ist. Er soll bitte nicht aufgeben, das Leben lohnt sich.





Auch Gesetzgeber sollten sich mehr mit den Menschen beschäftigen, mit ihnen diskutieren.

Dennis Maklele hat gar nicht wegen des LASK einen Selbstmordversuch gemacht, sondern wegen seines Asylbescheids. Er fühlte sich als Fußballer wie ein Star und glaubte, die Österreicher lieben ihn und er kann hier bleiben. An seinem 18. Geburtstag erhielt er den Abschiebungsbescheid. Ich glaube, es war auch dieser Gegensatz, beliebt und brav zu sein und dann diese Ablehnung zu erfahren.

Schon, aber ich glaube auch in der Frage des Asyls gibt es andere Wege und Methoden. Ich denke, dass die Gesetze in solchen Fällen ein bisschen variabler und flexibler sein könnten. In solchen Fällen könnte man schon eine Ausnahme machen, denn ich glaube nicht, dass alle Fälle gleich sind. So dramatische Ereignisse passieren ja nicht so oft. Es sollte doch möglich sein, sich mehr mit den Menschen zu beschäftigen und zu diskutieren – um eine vernünftige Entscheidung zu treffen.

Sie selbst sind 1991 nach Österreich gekommen. Sind Sie wegen des Krieges gekommen?

Ich bin wegen des Fußballs gekommen.

Weil Jugoslawien sich damals schon getrennt hatte, zumindest im Fußball, hatte ich keine Möglichkeit mehr, zu spielen. Ab 1990 gab es keine Liga mehr, keine offiziellen Spiele, keine Meisterschaft, wir haben nur trainiert. Damals war der Krieg noch nicht ausgebrochen, ich litt an der damaligen Ungewissheit. Dann ergab sich die Möglichkeit, nach Wien zu kommen. Ein Freund meines Vaters arbeitete in Wien, bei dem wohnte ich, bis ich mit der Vienna einen Verein fand und in Österreich blieb. Meine Familie blieb in Kroatien, einzig meine Freundin war mit. Wir haben das alles gemeinsam gemacht.

Stimmt es, dass schon vor dem Krieg kriegsähnliche Zustände herrschten, wenn die Klubs aus Split und Belgrad gegeneinander spielten?

Es war genauso, wie wenn in Österreich Rapid gegen die Austria spielt. Die Derbys waren immer etwas Besonderes. Jeder will der Erste in der Stadt sein. Wenn Hajduk Split gegen Partizan Belgrad oder Roter Stern Belgrad gegen Dinamo Zagreb spielte, war das genau wie ein Derby. Später kann man

hinein interpretieren, das wäre wie Serbien gegen Kroatien gewesen. Letztlich geht es immer um das Gleiche, um drei Punkte. Nationalismus ist eine Frage der Interpretation. Wie will man, dass diese Spiele interpretiert werden. Wenn sich im Bundesheer zwei Serben geschlagen haben, war das eine normale Schlägerei (lacht). Und wenn ein Serbe und ein Kroatie sich prügeln, ist das plötzlich eine Schlägerei auf nationaler Basis?

Für Ivica Osim ist der Krieg wie eine offene Wunde. Waren Sie überrascht, als der Krieg anfang?

Überrascht? Ich war zu jung um mir Gedanken zu machen, erst zwanzig Jahre alt. Meinen Militärdienst leistete ich ganz normal mit 18 – mit 18 Jahren ist man noch ein Kind. Ich wurde zum Heer geschickt, als ich gerade auf dem Weg zum Profi war. Diese Chance hat mir das Militär genommen. Beim Militär spielt man nicht Fußball! (lacht) Das war's. In dieser Zeit nahm ich 15 Kilo zu und brauchte dann über ein Jahr, um wieder auf Normalgewicht zu kommen. So habe ich zwei Jahre im besten Fußballalter verloren.



Kraft, Ausdauer, Schnelligkeit, Koordination und Technik muss man sich hart erarbeiten.

Sie wurden im Schiffsbau ausgebildet, wie passt das mit Fußball zusammen?

Überhaupt nicht. In dieser Zeit hatte ich nicht viel Auswahl, es ist ja nicht so wie heute, wo es Sportschule, Sportgymnasien oder seit vier Jahren die Fussball-Akademie gibt. Ich brauchte eine Ausbildung und entschied mich für Schiffsbau, die gab es in der Nähe in Trogir. Das waren Zeiten, in denen man nicht auswählen konnte, sondern das bekam, wo es noch Platz gab.

Haben Sie auch schöne Erinnerungen an die sozialistische Zeit?

In der Jugend spürt man das nicht. Erst als Erwachsener merke ich, dass wir in der Schule beeinflusst wurden. Durch den Unterricht in Marxismus oder der Geschichte des Sozialismus. Man hat trotzdem einen eigenen Kopf, sieht das Leben und kann vergleichen, ob das zur Realität passt. Ich erkannte schon als Jugendliche, dass die Lehre vom Sozialismus eine Illusion ist. Auch wenn nicht alles schlecht war. Soziale Fragen und das Wir-Gefühl waren immer stark ausgeprägt. Ob das später missbraucht wurde, ist schwer zu sagen. Natürlich waren wir überfordert, als der Krieg anging. Aber bei uns in Kastela oder auch in Split kam nie ein richtiges Kriegsgefühl auf.

Nationalteam-Trainer Karel Brückner betonte unlängst, dass Fußball vor allem disziplinierte Arbeit ist. Sind Fußballer Arbeiter, vielleicht gar im Sinn des Sozialismus?

Natürlich ist Fußball Arbeit. Das ist schwere, physische Arbeit (lacht). Kraft, Ausdauer, Schnelligkeit, Technik unter einen Hut zu bringen, dazu Koordination, das alles muss man sich hart erarbeiten. Fußball ist auch eine Kampfsportart, wir haben Konkurrenz durch Gegner, die gewinnen wollen. Am Ende kommen nur die Stärksten und die Besten weiter (lacht). Insofern hat Karel Brückner sicherlich Recht. Gegen Frankreich haben die Spieler sehr viel und fleißig gearbeitet. Man sieht, dass aus den Fehlern der Europameisterschaft gelernt wurde.

Ivica Osim sagte mir im Interview, dass die Mannschaft ein Kollektiv sein sollte...

Muss! Nicht sollte, muss! (lacht) Wir sind leider in keiner Einzelsportart, wo du für dich eine Entscheidung triffst, das macht Fußball aber auch interessant. Fußball ist eine Lebensschule, hier findet man alles, was man auch im Leben braucht: Toleranz, Akzeptanz, dass alle gleich und nicht gleich sind, dass jeder seine eigene Qualität hat. Diese Kollektivität heißt, dass man voneinander abhängig ist, dass jeder seine Qualitäten

ins Team einbringt, dass man Fehler akzeptiert. Gemeinsam sind wir stärker als einzeln. Es gibt keinen einzigen Spieler, der allein ein Spiel entscheiden kann. Eine momentane Situation schon, aber nicht das ganze Spiel.

Die Kronen-Zeitung titelte bei der Weltmeisterschaft 1998 nach Ihrem Tor: „Ivo, jetzt bist Du ein echter Österreicher“. Wie haben Sie sich da gefühlt?

Es war eine euphorische Aussage in dieser Zeit. Wir waren alle froh, dass ich dieses Tor in letzter Sekunde geschossen habe, dass wir noch die Chance hatten, weiter im Bewerb zu bleiben. Ich glaube nicht, dass das böse gemeint war. Ich fühlte diese Euphorie, die Krone auch, das hat damals gepasst, obwohl ich die österreichische Staatsbürgerschaft schon seit 1996 hatte.

Wie sehen Sie die Verbindung von Fußball und Nationalismus? Mein Land, meine „Fahne“, den ganzen Patriotismus? Sie leben jetzt seit 17 Jahren in Österreich, wollten ursprünglich für Kroatien spielen.

Ich habe mich für Österreich entschieden, und es nie bereut. Man lebt hier, man fühlt sich wohl hier, man akzeptiert dieses Land und seine Gesetze. Man lebt aber auch ganz normal in Kroatien, ich fühle mich dort zu Hause und genauso fühle ich mich in Österreich zu Hause. Wieso kann man nicht auch zwei Länder haben, wo man sich gut fühlt?



Autogramm für Dennis Maklele.

Hirnnahrung



Ihr Wissen wächst. Ihre Ideen gedeihen.
Der Grund: Journalismus, der sich kein Blatt
vor den Mund nimmt



4 Wochen gratis lesen: derStandard.at/Abo oder 0810/20 30 40

Die Zeitung für Leserinnen

Ohne EU läuft's noch viel besser: Boom in Österreich.

POPULISMUS

Austritts-Märchen

2009: Österreich hat die EU verlassen. Der neue Kanzler erlebt ein beispielloses Popularitätshoch, Salami wird wieder geschmuggelt, in Spielberg rasen die Boliden und der Nullzuzug wird endlich umgesetzt.

Text: Tommi Settergen, Bild: APA

Seit zwei Stunden stehe ich im Stau an der ungarischen Grenze. Damit habe ich allerdings gerechnet. Es ist die auffälligste Folge des neuen Inseidaseins. Wie in den Jahren vor der EU-Integration lockt die Salami und der Reiz des Verbotenen. Seit auf solche Dinge wie Wurst und Käse wieder Zölle eingehoben werden, bringen kleine Tagesausflüge auch wieder jenen Nervenkitzel, den das in Babywindeln versteckte Beutegut beschert. Die reaktivierten Zoll-Wachmenschchen, nach 1995 in diversen Amtsstuben untergebracht, spielen fleißig mit. Brav machen sie ihre Stichproben.

Steile Popularitätswerte Ein Jahr ist es jetzt her, dass Österreich aus der EU ausgetreten ist. Das Ergebnis der Nationalratswahl im Herbst 2008 interpretierte der neue Bundeskanzler als klares Votum gegen die weitere Mitgliedschaft in der EU – und sorgte damit für einen Eklat beim Europäischen Rat. Doch eine Volksabstimmung zum Thema bestätigte eindrucksvoll: 57,3 Prozent waren für den Austritt. Und das bei einer Beteiligung, die sogar noch über jener der Zwentendorf-Abstimmung in den 70er Jahren lag. Zwei Wochen später folgte der großmäulige Auftritt beim Europäischen Rat, wo der neue Kanzler sich mediengerecht als Rebell gegen die Brüsseler Technokratie gerierte. Die wollte den Vertrag von Lissabon mit einer unverbindlichen Präambel für die Iren unterzeichnen. Den AmtskollegInnen hatte der Kanzler vor laufender Kamera gesagt, dass „Österreich mit so einem Verein nichts mehr zu tun haben will“. Ein populistischer Streich wie aus dem Bilderbuch. Von

den internationalen Medien zerfetzt, von den heimischen gefeiert, schossen seine Popularitätswerte nach oben.

Mauscheleien mit Brüssel „Die Wirtschaft wird einbrechen!“ Das war nicht der einzige Warnruf, der über das Land schwappte. Aber der einzige, der von der Regierung ernst genommen wurde. Dem „Isolationsgejammer“ (O-Ton Bundespressedienst) aus dem Kultureck wurde erst gar nicht zugehört. Wirtschaftlich gesehen, das war auch den patriotischsten Kräften klar, konnte man sich natürlich nicht von heute auf morgen abschotten. Auf diplomatischer Ebene begannen sofort nach der „Austritts-Erklärung“ die Verhandlungen, wie man die EU-Mitgliedschaft in ein Freihandelsabkommen überleiten kann, so dass die wirtschaftlichen Vorzüge der Mitgliedschaft erhalten bleiben. Dabei geht die EU nach üblicher Taktik vor: Sie fordert die Übernahme des gesamten Rechtsbestandes der EU im Austausch gegen die Gewährung der Vorzüge. Die Verhandlungen werden sich noch Jahre hinziehen, glauben BeobachterInnen. Im Boulevard wird indes Kritik am Beamtenapparat laut: an der Mauschelei hinter verschlossenen Türen, und dem neuen Ausverkauf Österreichs an die EU.

Horrorszenarien eines ökonomischen Supergaus haben sich nicht bewahrheitet. Zwar jammern die Unternehmen über neue Hürden wie Zölle, auslaufende EU-Förderungen und die Diskriminierung bei öffentlichen Aufträgen in der EU. Aber wenigstens blieben größere Konjunkturreinbrüche bislang aus. Der Tourismus boomt weiter und die Au-



tozulieferer liefern weiter nach Deutschland. Denn alle rechnen damit, dass es in kurzer Zeit zu Vereinbarungen kommen wird, mit denen Österreich wieder am Binnenmarkt teilnehmen kann. Eine Werbekampagne sorgt mit „Made in A“-Produkten für einen kleinen Boom. Viele der über 30-Jährigen, die geistig nie auf Euro umgestellt haben, sind erleichtert, wieder den Schilling in Händen zu haben, aber entsetzt über die Preiserhöhungen, die sich seit dem erinnerten Schilling-Letzstand 1999 eingestellt haben. Und auch die beliebte Formel 1 ist wieder in die Steiermark nach Spielberg zurückgekehrt. Als Brüssel das Tabakverbot verhängt hatte, strich Bernie Ecclestone den Grand Prix von Österreich beinhardt. Mit der Rückkehr der Boliden feiert auch Niki Nazionale ein sensationelles Comeback im ORF, das durch einen Sondervertrag ermöglicht wurde.

ÖsterREICH neu gestalten Herbentauscht sind jene Linken und Gewerkschaftsflügel, deren Hoffnung auf eine nationale Umverteilungspolitik und ein Entkommen aus der neoliberalen EU-Wirtschaftspolitik sich nicht erfüllt hat. Statt als Spiel-



Wiederauferstehung nationaler Symbole: der Spielberg-Ring

raum wird die nationale Eigenständigkeit jetzt dauernd als Stütze für Sachzwang-Argumente genützt. Das Volksbegehren „Umverteilung jetzt! ÖsterREICH neu gestalten“, mit dem eine Reihe prominenter SchriftstellerInnen und GewerkschaftsaktivistInnen die Austritts-Euphorie für eine Politikwende in Richtung Besteuerung von Unternehmen und Vermögen sowie Einführung eines Grundeinkommens nützen wollten, konnte zwar 117.000 Unterschriften gewinnen. Aber seine Forderungen wurden vom Präsidenten der Industriellenvereinigung mit den Worten quittiert: „Das wäre der Todesstoß für Österreichs Wirtschaft und ist unter den aktuellen harten Bedingungen, wo wir wieder auf eigenen Füßen stehen lernen müssen, absolut ausgeschlossen“. Selbst minimale soziale Forderungen werden mit dem Argument abgeschmettert, dass nunmehr keinerlei „Experimente“ finanzierbar wären. Dass massive Erhöhungen der Agrarsubventionen aus dem Budget locker gemacht wurden, um den Ausfall der EU-Förderungen zu kompensieren, bleibt dabei unerwähnt.

In anderen Bereichen ist die Regierung jedoch sehr reformfreudig: „Ausgeburt einer

Trittbrettfahrer- und Raubritter-Mentalität“ nannte EU-Binnenmarkt-Kommissar Jorge Elminkei die jüngsten Initiativen Wiens, die unter dem Namen „Standortpaket“ umgesetzt wurden. Österreich, das sich durch die Zinsbesteuerungs-Abkommen der EU nicht mehr gebunden sieht, senkt weiter die Besteuerung von Vermögen ausländischer AnlegerInnen, um „den Kapitalmarkt Österreich zu stärken“. Man rechnet mit weiterem Zufluss von Stiftungs- und Anlagekapital, sehr zum Ärger des Fiskus in den Nachbarstaaten. Die Einführung einer Sonder-Maut für LKWs, die Österreich als Transitstrecke nützen, von der heimische Expeditionen ausgenommen sind, sorgt für Begeisterung im Inntal und Zornesausbrüche an den Grenzen.

Antidiskriminierung: abgeschafft

Was die im Wahlkampf 08 in Aussicht gestellten Repressalien für zugewanderte Menschen betrifft, vergeht keine Woche, in der nicht neue Maßnahmen angekündigt werden. Mit Sondergesetzen für MigrantInnen wird die Bevölkerung bei Laune gehalten und ausgenutzt, dass der Gesetzgeber nicht mehr an die Antidiskriminierungsregeln der



EU gebunden ist. Die Einrichtung einer eigenen „Ausländer-Sozialversicherung“, bei der nach zehn Jahren Einzahlung erst Auszahlungen möglich sind, stehen kurz vor der Umsetzung. Das erst vor wenigen Jahren durchgesetzte Betriebsratswahlrecht für arbeitende Nicht-ÖsterreicherInnen und das ohnehin zahnlose Antidiskriminierungsgesetz wurden wieder abgeschafft.

Rechtsextreme in ganz Europa bezeichnen Österreich als Vorbild, weil hier das Konzept der Null-Einwanderung zur Staatsdoktrin erklärt wurde und die Staatsgrenzen mit Bundesheer-Soldaten besetzt wurden. Dass die restriktiven Schengen-Außengrenzen ohnehin Österreich umgeben tut der symbolischen Wirkung dieser Maßnahme keinen Abbruch. Die Zahl der legal ins Land gelassenen Menschen sinkt weiter. Für hochqualifizierte „Schlüsselkräfte“, um die die Wirtschaft heftig wirbt, ist Österreich mit seinem fremdenfeindlichen Klima völlig unattraktiv geworden. Gleichzeitig steigt die vermutete Zahl der Zugewanderten ohne Aufenthaltsgenehmigung. Das Heer der Rechtlosen bildet ein Reservoir von Billigarbeitskräften, das von der Wirtschaft gern in Anspruch genommen wird, um einen Teil der Anpassungslasten zu kompensieren, die der EU-Austritt gebracht hat.

Auf Schmuggler sind bislang noch keine Soldaten angesetzt worden. Aber wer weiß: Zur Sicherheit hab' ich ein Österreich-Fähnchen von der EM 08 ausgegraben und an meine Kühlerhaube gesteckt. Das kommt heutzutage immer gut an.

Tommi Settergren ist Mitarbeiter der Zeitung Malmoe. www.malmoe.org

Keiner traut sich mehr, etwas Vernünftiges zu machen.

KAMPAGNE

Unterwegs fürs Bleiben

Wie SOS Mitmensch versucht, auch auf der Straße Stimmung für ein faires Bleiberecht zu machen. Text: Elvier Kühlraum, Bilder: Thomas Just, Philipp Sonderegger

So ist das Leben“, schallt es über den Wiener Urban-Loritz-Platz. „Der Eine kommt nach Paris. Der Andere kommt nicht nach Paris“. Kabarettist Josef Hader sitzt auf einem schmalen Schemel vor der Wiener Hauptbücherei – vor sich eine Orgel – und schmettert seine Ballade von den Unterschieden über den Platz: „Wie das Leben halt so ist“. Rundherum hat sich eine spontane Menschentraube gebildet und versperrt den Menschen, die jetzt um fünf von der Arbeit nach Hause kommen, ein wenig den Weg. Manche schlängeln sich vorbei, andere bleiben stehen.

Zwischen den ZuseherInnen ist ein seltsames Gefährt abgestellt. Ein dreirädriger Klein-LKW, die Fahrerkabine gerade mal 1,5 m hoch. Auf der Ladefläche befindet sich ein Aufbau mit einer Zapf- sowie einer Musikanlage. Die verbleibende Ladefläche ist mit Informationsmaterial bedeckt. Seitlich ist ein Schriftzug aufgeklebt: „Bleiberecht Roadshow“. Mit diesem Info-Mobil touren die AktivistInnen von SOS Mitmensch seit Ende August durch Wien, um mit der Bevöl-

kerung „über die Vorzüge einer fairen und menschenwürdigen Bleiberechtsregelung“ ins Gespräch zu kommen, wie es in einem der Folder heißt.

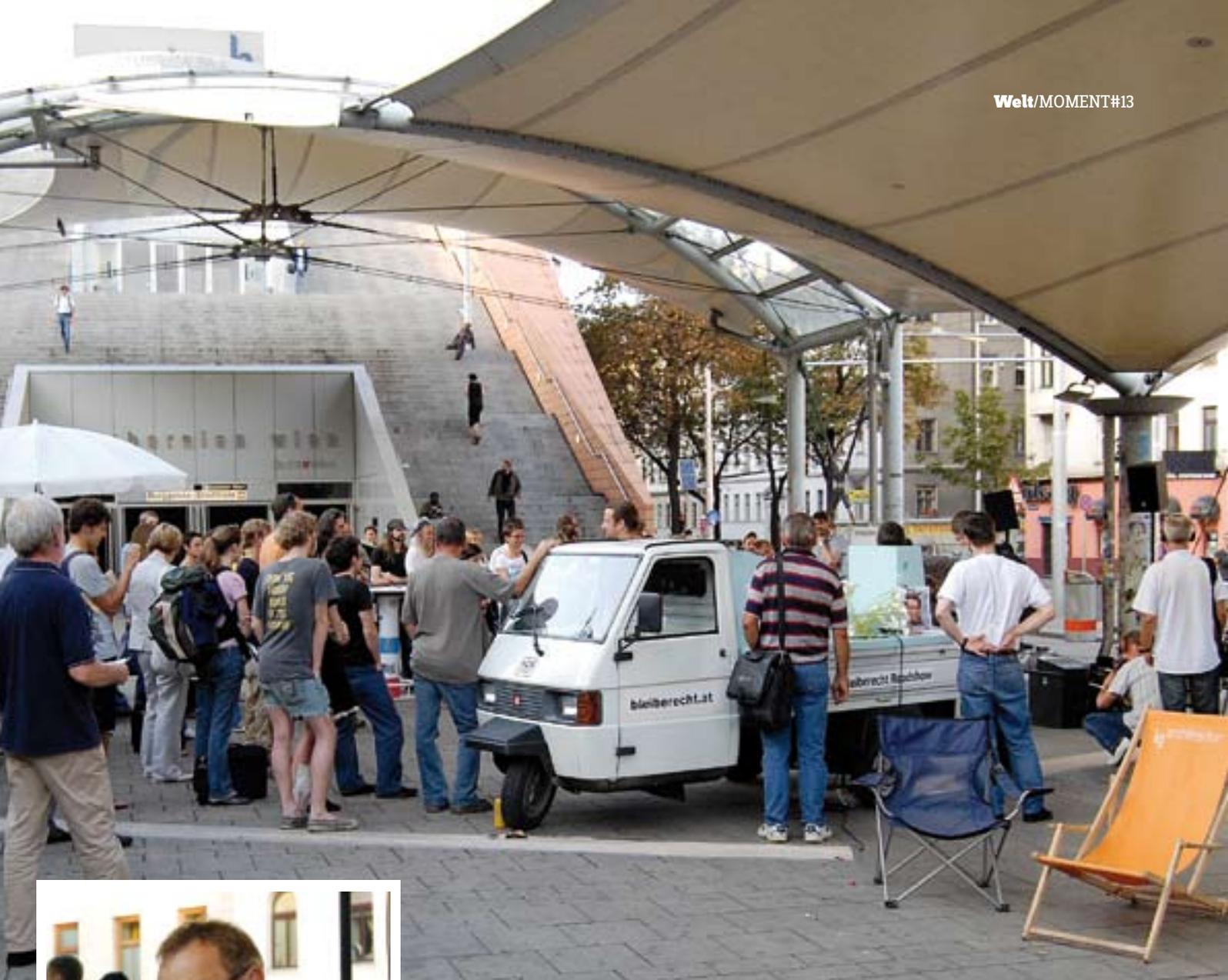
Was ein wenig wie eine Parodie auf die misslungene Integrationsroadshow des ehemaligen Innenministers Günther Platter wirkt, verfolgt allerdings ernste Ziele, so die InitiatorInnen. Philipp Sonderegger von SOS Mitmensch: „Natürlich ist ein Augenzwinkern dabei. Es tut uns auch leid, dass wir kein öffentliches Geld verschwenden dürfen. Wir kommen mit gerade einmal 2.500 Euro Kosten aus“, spielt er auf Bleiberechtsroadshow des Innenministeriums an, die laut parlamentarischer Anfrage 500.000 Euro gekostet hat. Und noch einmal 250.000 für Insetrate. „Uns geht es darum, auch auf der Straße Stimmung für eine Bleiberechtsregelung zu machen“, so Sonderegger.

15 fixe Stationen und ein paar zusätzliche, spontane stehen auf dem Tourplan. Einige davon finden, so wie hier am Urban-Loritz-Platz, gegen Abend statt und weisen einen geselligen Charakter auf. „Wirklich hart

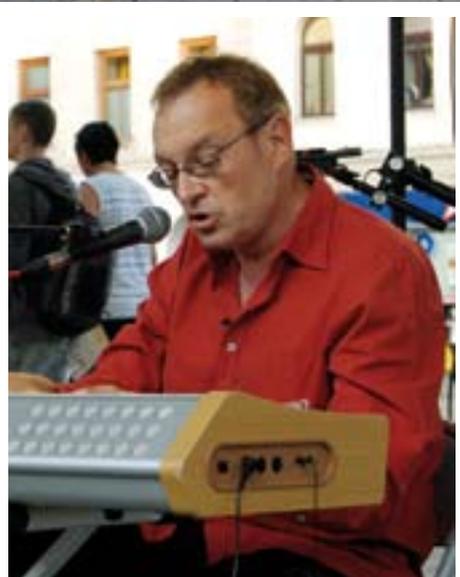


sind die Nachmittagstermine auf den belebten Einkaufsstraßen“, berichtet Sonderegger. Trotz des polarisierenden Themas müsse man sehr viele Flyer an die PassantInnen verteilen, bis jemand für ein Gespräch stehen bleibt. Doch dann würden die Gespräche überwiegend positiv verlaufen. „Natürlich wirst, auch anagitiert, von Leuten, die einfach mal abladen müssen. Aber die meisten, die mit dir reden sind doch wirklich an den Argumenten interessiert – wenn man ihnen auch zuhört.“

Reizwort Arigona Karin ist wegen Josef Hader da. „Ich lerne in der Stadtbücherei, weil’s dort sehr ruhig ist. Am Nachmittag, als ich gekommen bin, hab’ ich am Plakat gesehen, dass um fünf der Hader spielt. Jetzt mach’ ich eine Pause. Weil, ich liebe Hader.“ Dass es sich um eine Aktion für’s Bleiberecht handelt, hat sie mitbekommen – sie steht der Sache auch grundsätzlich positiv gegenüber.



Die Bleiberecht-Roadshow macht am Wiener Urban-Loritz-Platz halt.



Der Kabarettist Josef Hader macht Stimmung für ein faires Bleiberecht.

zuüben. Zahlreiche Anfragen beziehen sich auf technische Details und Fahreigenschaften, das Bleiberecht interessiert etwa Herrn Späthe weniger: „Mir ist Politik egal.“ Dem Hinweis auf die Situation der Familie Zogaj und anderen MigrantInnen hält er Plattitüden entgegen: „Österreich kann nicht alle aufnehmen!“ Arigona Zogaj ist das Reizwort schlechthin. Viele vorbei kommende MigrantInnenkids können mit dem Begriff des Bleiberechts wenig anfangen. Lenken die Bleiberechts-AktivistInnen das Gespräch auf die junge Oberösterreicherin, ernten sie Zustimmung. Man kennt die Situation. Der 19-jährige Milorad etwa ist seit seiner Geburt in Österreich – mit 18 hat er um die Staatsbürgerschaft angesucht, aber daraus wird jetzt nichts. Bei den Demonstrationen gegen die Unabhängigkeit des Kosovo im Frühjahr wurde Milorad gemeinsam mit 200 anderen Jugendlichen von der Polizei eingekesselt, fotografiert und aufgeschrieben. Zwei

Wochen später flatterte eine Vorladung ins Haus. Die Polizei beschuldigte ihn des Raufhandels. Das Gericht glaubte dem unbescholtenen Serben nicht – er beteuert seine Unschuld, ist jetzt vorbestraft und wird wohl Serbe bleiben.

Viele PassantInnen ohne Migrationshintergrund sind gegen einen Verbleib Arigona Zogajs. Die ÖVP-Propaganda von den 95 (sic!) Verfahren und der illegalen Einreise (es gibt keine legale Einreise für Asylsuchende) hat ihre Wirkung nicht verfehlt und wird in zahlreichen Gesprächen wiedergegeben. Ein Argument der Bleiberechts-BefürworterInnen findet aber fast ungeteilten Zuspruch: Dass über den Anspruch auf ein Bleiberecht unabhängige Gerichte in einem fairen Verfahren entscheiden sollen. Die gänzlich willkürliche Entscheidungsmacht der Innenministerin – die von keinem Gericht der Welt kontrolliert werden kann –, diese Befugnis will niemand verteidigen. Oder wie es Henry



So ist das Leben – Josef Hader spielt das Lied von den Unterschieden.

aus Liberia ausdrückt: „Und ihr wollt den afrikanischen Staaten die Demokratie beibringen?“

Josef Hader spielt eine Zugabe, ehe er dem Kamerateam des ORF noch rasch ein Interview gibt. „Das Problem ist“, und hier macht Hader eine Pause, „dass sich keiner mehr traut, etwas Vernünftiges zu machen. Schon gar nicht für Zugewanderte, weil man glaubt, dann Stimmen an die Rechten zu verlieren. Aber das betrifft nicht nur dieses Thema. Politiker treten meistens nur noch für Dinge ein, die die nächsten zwei Monate wirken. Dinge, die vernünftig wären, aber erst in 2 Jahren oder in 20 Jahren wirken, das traut sich keiner mehr sagen.“



Mit viel Infomaterial sind die AktivistInnen von SOS Mitmensch unterwegs.

ARBEITSMIGRATION

Die wahre Lehre

Die NGOs könnten noch um einiges wirkungsvoller arbeiten, wenn sie lernen würden, offen zusammenzuarbeiten.

In der Bleiberechtsbewegung ist es gelungen, sehr viele Organisationen und Initiativen auf ein gemeinsames Thema einzuschwören. Vom Roten Kreuz mit 5.000 Beschäftigten bis hin zu Ein-Personen-Initiativen beteiligen sich die unterschiedlichsten Gruppen an der Kampagne. Dabei ist es erstaunlich, wie unsouverän mit den Unterschieden umgegangen wird.

In der Regel verfügen die größeren Organisationen über mehr Ressourcen, sind aber inhaltlich und organisatorisch schwerfälliger. Es wäre schier unmöglich, zwischen den großen und den kleinen Initiativen einen inhalt-

lichen Konsens für ein gemeinsames öffentliches Vorgehen herbeizuführen. Die Großen haben kein Interesse, Definitionsmacht abzugeben. Sie verfolgen im Wesentlichen ein Politikmodell des grünen Tisches. Politik wird in direkten Verhandlungen mit den politischen VerantwortungsträgerInnen gemacht. Öffentlichkeit wird erst eingeschaltet, wenn dieser Weg überhaupt nicht fruchtet. Und dann maximal in Form einer Fotoaktion. Die Mobilisierung von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen wird tendenziell als unberechenbar, anstrengend und nicht effizient wahrgenommen.

Die Kleinen hingegen beziehen ihre Motivation weitgehend über das inhaltliche Anliegen. Sie können hier nur schwer Abstriche machen, da das Programm zur Identitätsfrage wird. Mangels Ressourcen und Zugang zur offiziellen Politik wird überwiegend mit der Mobilisierung Gleichgesinnter sowie dem Austragen inhaltlicher Konflikte gearbeitet.

Diese Differenzen zwischen Großen und Kleinen können nur mit einer offenen Kampagne überwunden werden, die diesen Befindlichkeiten Rechnung trägt. Durch die Ausrufung des Tags des Bleiberechts als inhaltlicher Minimalkonsens ist eigentlich der Grundstein dafür gelegt, dass die Gruppen mit ihren jeweiligen Anliegen, ihren jeweiligen Methoden und jeweiligen Befindlichkeiten öffentlichen Druck für das Thema erzeugen und sich gegenseitig verstärken können. Dabei war es erstaunlich, mit wie vielen Vorbehalten die Gruppierungen aufeinander zuzugingen. Es existiert kaum ein Wissen darüber, wie die anderen ticken, wie eine Kooperation zu beider Seiten Vorteil gestaltet werden kann. Wer Gesellschaft gestalten will, muss lernen, Interessen zu organisieren und Allianzen zu bilden. Da gibt es im Menschenrechtsbereich noch einiges zu tun.



Mit Mafiaparagrafen gegen die Zivilgesellschaft

Als „kriminelle Vereinigung“ wollte die Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt TierschützerInnen bekämpfen. Und wurde durch die Oberstaatsanwaltschaft in die Schranken gewiesen. *mw*

GUTE GESCHÄFTE

AsylwerberInnen als Fracht

Wird ein Mensch mit dem Flugzeug abgeschoben, muss er gesetzlich von zwei Beamten bewacht werden. Für den österreichischen Manager Heinz Berger ist das nicht effizient genug: „Dieses Verhältnis können wir umdrehen.“ Zusammen mit einem Rechtsanwalt und einem Luftfahrtexperten hat er kurzerhand die „Asylum Airlines“

gegründet, eine Fluggesellschaft, die abgelehnte AsylwerberInnen aus ganz Europa kostengünstig in ihr Herkunftsland verfrachten soll. „Man kann die Leute nicht in Käfige stecken, verkleben oder fesseln“, sagte Berger der Frankfurter Rundschau. Stattdessen möchte er Polsterungen und „Bügel wie bei Sesselliften“ installieren, um möglichst

viele Asylsuchende auf engstem Raum zu transportieren. „Das hemmt nicht die Bewegungsfreiheit, aber das Randalieren stellt man ab“, sagt der Unternehmer, der sein Geschäftsmodell nach der „Stückzahl“ der zu transportierenden Menschen plant. Mehrere Mitgliedsstaaten haben bereits Interesse bekundet. *mw*

Europäischer Rat Schwarzer Frauen gegründet

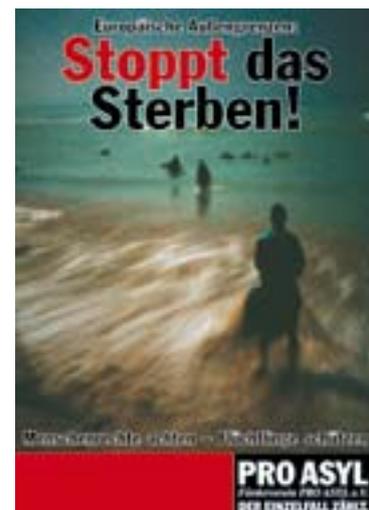
Das „Black European Women’s Council“ (BEWC) soll in Zukunft als Plattform für die Anliegen Schwarzer Frauen in Europa zur Verfügung stehen. AFRA, das „International Center for Black Women’s Perspectives“ mit Sitz in Wien und die niederländische Nichtregierungsorganisation „Tiye International“ luden am 9. September dieses Jahres zur offiziellen Gründung. *mw*

Bachstein neuer Generalsekretär der Caritas Wien

Der passionierte Tänzer Werner Binnenstein-Bachstein ist neuer Generalsekretär der Caritas Wien. Nach dem Studium wirkte der 1969 in Vorarlberg geborene in der Abteilung für Sozialpolitik an der WU Wien bei Prof. Badelt. Als Leiter des Bereichs „Soziale Arbeit - In- und AusländerInnenhilfe“ in der Caritas Wien setzte er etwa mit der „Brunnenpassage“ neue Schwerpunkte. *red*

Pro Asyl: Kampagne Stoppt das Sterben

Der deutsche Verein „Pro Asyl“ ruft in seiner neuen Kampagne unter dem Titel „Stoppt das Sterben“ zum Protest gegen die Einsätze der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX auf. Der Versuch, die schwer bewachten EU-Außengrenzen zu überwinden kostet immer wieder Flüchtlingen das Leben. Am Tag der Menschenrechte (10.12.) sollen die Unterschriften dem EU-Parlament übergeben werden. *mw*



Die Festung Europa ist tödlich.

NEUES VON DER BOCK

Der Verein Ute Bock hatte Anfang September Konkurs verkündet. Daraufhin wurden viele Privatspender aktiv, sie brachten die Hälfte der Außenstände auf. Den Rest übernahm die Stiftung von Hans Peter Haselsteiner. Die Stadt Wien grenzt sich rigoros ab. Text: Andreas Bachmann, Bild: Isabell Bickel



Wie Kraut und Rüben

Gerade habe ich zwei Familien da, zwei Frauen mit je sechs Kindern. Der Mann der einen ist hier verhaftet und dann in Polen interniert worden. Die haben ihn von dort gleich nach Tschetschenien gebracht, wo beide Familien herkommen. Die anderen sind über die Slowakei gekommen, der Mann sitzt jetzt dort im Gefängnis. In diesen Ländern gibt es keine positiven Asylverfahren. Die Situation ist dort noch schlimmer als hier. Aber mit der Drittstaatenregelung müssen die Leute in die Länder gebracht werden, über die sie eingereist sind. Sobald die Leute aber nach Russland kommen, werden sie verhaftet und was dann passiert, weiß keiner. Das Innenministerin in Österreich sagt nur: „Das sind eben die Gesetze, da kann man nichts machen.“ Seit vier Monaten sind die Mütter mit ihren Kindern jetzt da, das jüngste ist ein Jahr alt und das Älteste zehn, die wachsen doch auf wie Kraut und Rüben. Vor Traiskirchen haben sie Angst. Da kommt dann die Fremdenpolizei und sagt: „Ab in die Heimat“. Die in Traiskirchen wollen sie nicht zurückhaben. Sie müssen sich vorstellen: eine Mutter mit sechs Kindern, die gegen ihren Willen von der Polizei weggebracht werden, das gibt sicher ein großes Geschrei und führt zu Unruhe im Lager. Das können die dort nicht gebrauchen. Jetzt habe ich zwei siebenköpfige Familien und keiner will sie unterbringen.

Im Rollstuhl ohne Versorgung

Ein Inder, gerade 30 Jahre alt und ganz gut beieinander, halbwegs integriert, hat Zeitungen verkauft. Er war ein großer kräftiger Mann. Der geht aus seinem Haus. Und vor der Tür wird ihm von einem jungen Mann eine in die Goschen gehaut. Er flüchtet um die Ecke und da stehen noch zwei und stechen ihn ab. Er trägt schwere Stichverletzungen im Oberschenkel davon, die Hauptschlagader ist auch betroffen. Die sind jedenfalls so schwer, dass er gelähmt ist. Jetzt sitzt der im Rollstuhl und ist fast komplett blind, schwerstbehindert und die Stadt Wien hat ihm nur die Krankenversicherung gegeben und keine Versorgung. Ja, wovon soll der denn leben? Also, wie einer auf den Gedanken kommt, dem kein Geld zu geben, weiß ich nicht. Ich habe da interveniert und es ist mir lustigerweise gelungen, etwas für ihn zu erreichen. Er bekommt jetzt die Grundversorgung und wohnt derzeit bei einem Landsmann. Was, wenn ich nicht interveniert hätt'? *aba*

P.S. Der Verein Ute Bock sucht eine/n Fundraiser/in. InteressentInnen melden sich bei:

Flüchtlingsprojekt Ute Bock
A-1020 Wien, Große Sperlgaße 4
Spenden:
Hypo Bank Tirol
Konto Nr. 520 110 174 99
Bankleitzahl 57000

Ständiger Sponsor gefunden

Die Nachricht vom drohenden Konkurs hat offenbar Wirkung gezeigt. Viele Menschen mit sozialem Wissen haben gemeinsam rund 100.000 Euro gesammelt. Damit konnte die Hälfte der Außenstände abgedeckt werden. Die andere Hälfte übernimmt die Concordia Stiftung des Liberalen Hans Peter Haselsteiner. Außerdem sagte der Unternehmer zu, monatlich 25.000 Euro an Frau Bock zu überweisen, den sie für Mieten und fallweise Kosten wie Handwerker benötigt. Damit sind auch die Wohnungen der 24 afrikanischen Flüchtlinge in der modernen Meidlinger Wohnhausanlage Kabelwerk gesichert. Dort hatte die Verwaltung bereits eine Räumungsklage eingeleitet. Der Flüchtlingsverein mit der Größe eines mittelständischen Unternehmens scheint damit aus den größten Schwierigkeiten. Unterstützung von der Stadt Wien ist aber weiterhin keine zu erwarten. Im Rathaus rührte man beim humanitären Hilferuf kein Ohrwaschel. *red*

POPULÄRKULTUR

FILM

Let's make MONEY



Der neue Film von Erwin Wagenhofer hat einem Afrikaner zu denken gegeben.

Mein Name ist Laity Ndiaye, ich komme aus Senegal, seit sieben Jahren lebe ich in Europa, ich wollte die Welt außerhalb von Afrika entdecken. Ich habe mir den Film von Erwin Wagenhofer angesehen, „Let's make money. – Lassen Sie ihr Geld arbeiten“. Haben Sie schon einmal Geld arbeiten gesehen? Geld arbeitet nicht. Menschen arbeiten und Maschinen, wir arbeiten für Euch.

Ausländische Investoren kommen nach Afrika, aber sie zahlen die ArbeiterInnen nicht gerecht. Dennoch geben ihnen unsere PolitikerInnen diese Möglichkeiten. Leider haben die AfrikanerInnen die Ignoranz der WestlerInnen nicht erkannt und sehen es als Benefit. Die Leute denken, mehr Investitionen wären besser, aber die Wahrheit ist, wir müssen unsere Länder selber organisieren und uns um unsere Kinder selber kümmern, der Westen tut es nicht. Westliche Investoren lösen nicht unsere Probleme der Arbeitslosigkeit, der Ausbildung und des Hungers, sie bauen nicht unsere Wirtschaft auf und unsere Straßen. Sie holen sich, was sie

brauchen. Wagenhofer sagt, es ist von langer Hand geplant, ich fühle er sagt die Wahrheit.

Sie haben in Washington beschlossen, dass Kapital sich frei von einem Land zum anderen bewegen darf, sie haben Handelsbarrieren abgeschafft, damit sich Güter frei bewegen können, deshalb sollten auch wir Menschen ein Recht haben, uns frei zu bewegen. Und es ist nicht so, wie der Redakteur der NZZ sagt, es gibt keinen Club, für den wir einen Eintrittspreis zahlen müssen, wir zahlen seit wir denken können. Bei vielen AfrikanerInnen ist Europa als Paradies im Kopf entstanden. Die jungen AfrikanerInnen haben entdeckt, dass Europa nicht so weit weg ist, wie das während der Kolonialzeit immer vermittelt wurde. Heute ist man in 3-5 Tagen mit dem Boot in Europa. Die jungen AfrikanerInnen werden kommen, auch wenn die Mauern rund um Europa noch so hoch gebaut werden.

Es ist Zeit, dass Europa den Menschen anderer Länder mit Respekt begegnet, und sie nicht mit Geld kontrolliert. Und es ist Zeit, dass Afrika eine gewisse Arroganz entwickelt und nicht mehr unter Druck lebt, sondern selbst seine Wirtschaft plant und seine Länder aufbaut und sich nicht von der Weltbank dirigieren lässt. Wir brauchen eine Propaganda, die uns zeigt, dass der Westen uns mehr braucht als wir ihn.

Schauen Sie sich den Film an, ich glaube wir sind nicht die einzigen, die ausverkauft werden, oder, was glauben Sie, wem die Wiener Linien gehören?

Laity Ndiaye

Ab 31.10. im Kino

LISTEN

2 X 5 Dinge und sonst?

Menschen von SOS Mitmensch bringen zwei mal fünf Dinge für Sie in die richtige Reihenfolge.

5 Dinge, die ich sofort abstellen würde, wenn ich Macht und Geld hätte:

- 1 Kindesmissbrauch und Kindesmisshandlung – der Anfang allen Übels.
- 2 Kriminalisierung von AsylwerberInnen
- 3 Obdachlosigkeit
- 4 Schlechtwetter
- 5 Männer, die mit mir über Feminismus diskutieren wollen.

5 Bücher, die ich dann halt im nächsten Urlaub lese:

- 1 Kwame Anthony Appiah, Der Kosmopolit
- 2 Alice Munro, Himmel und Hölle
- 3 Jeremy Rifkin, Der europäische Traum
- 4 Anna Politkovskaya, Tschetschenien
- 5 Josef Winkler, Roppongi

Und sonst?

Was mich besonders nervt - AsylrichterInnen, die nicht begreifen, was sie mit ihrer unprofessionellen Befragungstaktik beim Flüchtling anrichten.

MUSIK

Affine Records calling!



Vor kurzem auf dem Planeten Erde gelandet ist das junge Recordlabel Affine Records straightout from Vienna. Schon im Herbst stehen die ersten beiden



Nadja Lorenz,
Vorsitzende von
SOS Mitmensch
Bild: Paul Sturm

Veröffentlichungen auf dem Programm - zuerst eine 12“ von Soloartist Dorian Concept, gefolgt von einer exklusiven 6 Track EP des 4-Mann starken Bandkollektivs Jacob's Salty & Bambooazing Ladder. Musikalisch bewegt sich das Label undogmatisch zwischen Funk, Electronica, Jazz und Instrumental Hip-Hop. Headphone Music for the Dancefloor!

www.affinerecords.com

POPULÄRKULTUR

BUCH

Gesichtsverlust



Seit September 2007 sitzen Mohamed M. und Mona S. im Gefängnis. Ihnen wird vorgeworfen eine nicht näher definierte kriminelle und terroristische Organisation „in sonstiger Weise“ unterstützt zu haben. Der Oberste Gerichtshof hob die Urteile jedoch partiell auf, der Vorwurf sei zu wenig konkret, es muss neu verhandelt werden. Genau rechtzeitig erscheint nun ein Buch über diesen Fall, indem Gesetzgeber, Justiz und Polizeiapparat vorgeworfen wird, leichtfertig Grundrechte und rechtsstaatliche Prinzipien dem vermeintlichen Kampf gegen den Terrorismus geopfert zu haben. Die AutorInnen legen komplexe juristische Implikationen einfach und anschaulich dar, zeigen wie eine unverhohlene politische Prozessführung zu einem Gesichtsverlust der Justiz führte. Die Ausführungen zum islamischen Fundamentalismus sind mangelhaft. Nichtsdestotrotz bleibt

zu hoffen, dass dieses Buch viele LeserInnen findet, auch abseits akademischer Kreise. Denn die Einschränkung der BürgerInnenrechte betreffen uns alle.

Baruch Wolski

**„Dies ist kein Gottesstaat!“
Terrorismus und Rechtsstaat am
Beispiel des Prozesses gegen
Mohamed M. und Mona S.
Von Eva Pentz, Georg Prack, Thomas
Schmidinger, Thomas Wittek
Passagen, Wien 09/2008, € 14.90**

MESSE

Medien.Messe.
Migration 2008

Medien.Messe.Migration 2008
11. + 12. September 2008
Campus Uni Wien

„Brücken schlagen“ will Simon Inou, der Organisator der Messe migrantischer Medien und Dietmar Ecker von Ecker und Partner unterstützt ihn darin, indem er „das Thema Integration nicht jenen überlässt, die Brücken abreißen wollen“.

Große Worte, mitten in einem Wahlkampf, in dem die Bedeutung migrantischer WählerInnen von allen Seiten erkannt wurde. So be-

suchten die Messe am 11. und 12. September, neben Medieninteressierten auch WahlwerberInnen.

Über 30 Medien präsentierten sich erstmals auf einer Medienmesse am Campus der Uni Wien und das ist gut so, denn von vielen hatte der/die Mainstream-MedienkonsumentIn noch nie gehört, die bulgarische „Vienna Dnes“, viele türkische Zeitungen, die chinesische „Europe Weekly“, afrikanische und Communities übergreifende Medien.

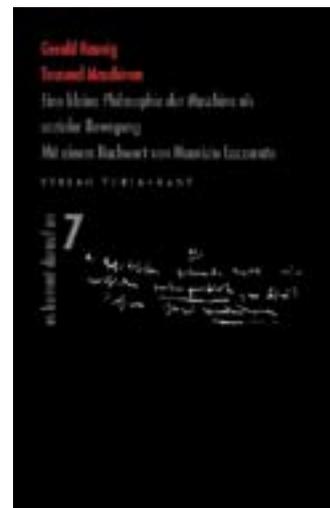
Hier sprechen MigrantInnen für sich selbst, denn zu Mainstream-Medien haben bis jetzt nur wenige JournalistInnen mit Migrationshintergrund Zugang gefunden. Das soll sich ändern und die Messe bot dazu eine gute Plattform zum Netzwerken und Erfahrungsaustausch.

**Medien.Messe.Migration 2008
11. + 12. September 2008
Campus Uni Wien**

BUCH

Tausend
Maschinen

In „Tausend Maschinen“ entwirft Gerald Raunig den Maschinenbegriff als Gegenentwurf zum Staatsapparat. Dazu entwickelt er den Begriff der Maschine, wie er von Deleuze/Guattari vorgeschlagen wird, weiter: die Maschine als soziale Zusammensetzung und Verkettung. Als Gefüge von



technischen, körperlichen, intellektuellen und sozialen Komponenten unterwandert dieser Maschinenbegriff die Oppositionen von Mensch und Maschine, Organismus und Mechanismus.

Über die Untersuchung von filmischen und performativen Mikropolitiken gelangt Raunig zur Maschine als sozialer Bewegung, konkret zur Euromayday-Bewegung, die seit 2001 eine transnationale, aktivistische und diskursive Praxis zur Prekarisierung von Arbeit und Leben entwickelt.

**Tausend Maschinen.
Eine kleine Philosophie der
Maschine als sozialer Bewegung
Von Gerald Raunig
Turia + Kant 2008,
125 Seiten, 12 Euro
ISBN: 978-3-85132-516-4**

POPULÄRGESEHEN

KULTURALISIERUNG

Neues Opium fürs Volk

Ein kulturalistischer Kurzschluss verbindet Kulturdelikt-KämpferInnen mit religiösen Fundamentalisten. Auf der Strecke bleiben die Menschenrechte.

Von Martin Schenk



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich
Illustration: Petja Dimitrova

Menschen ohne Bekenntnis haben höhere Bildungsabschlüsse als KatholikInnen in Österreich. Kulturalistischer Kurzschluss: Um ökonomisch fit für die Zukunft zu sein, müssten wir die KatholikInnen zurückdrängen, um die Bildungsquote zu erhöhen. Die letzten Terroranschläge in Österreich wurden von einem Katholiken aus der Südsteiermark, Herrn Franz Fuchs, verübt und mit der Verteidigung des christlichen Abendlandes in den Bekennerbriefen begründet. Kulturalistischer Kurzschluss: Achtung vor der Gefahr christlichen Terrors in Österreich. Patriarch ermordet Frau. Kulturalistischer Kurzschluß: Das ist kein Mord, sondern ein Kulturdelikt. Macho hält Frau im Keller gefangen. Kulturalistischer Kurzschluß bleibt aus: ein verrückter Einzeltäter.

Wir nehmen uns die Kultur wie wir sie brauchen. Dahinter steht der Zwang zur Eintopf-Identität, zu einem „pluralen Monokulturalismus“. Das meint, dass ganze Bevölkerungsgruppen von einer einzigen Kultur und einer einzigen Identität ausgehen, derer sich alle einzufügen haben.

Menschen erwerben Rechte aber durch ihr Menschsein, nicht durch die Zugehörigkeit zu einer Religion, Kultur oder Herkunft. Wird das umgedreht, schnappt die Kulturalismus-Falle zu. Sie definiert Zugehörigkeit völkisch. Als was du geboren wurdest, das bist du. Der religiöse Kulturalismus funktioniert so wie der völkische: Als was du geboren wurdest, das glaubst du.

Menschen müssen aber die Freiheit haben, sich gegen (religiöse) Herkunft oder traditionsbedingte Vorgabe entscheiden zu können. Glaubende, ob sie zu Gott, Jahwe oder Allah beten, sind immer auch Frauen und Männer, Arme und Reiche, Privilegierte und Benachteiligte, Mächtige und Ohnmächtige. Das ist wichtig, weil es zeigt, dass wir als Menschen mehrere Identitäten mit unserer eigenen Geschichte, unseres Geschlechts, unserer

Schichtzugehörigkeit, unseres Berufes aufweisen. Und Menschen entscheiden können, dass ihre ethnische oder kulturelle Zugehörigkeit weniger wichtig ist als ihre politische Überzeugung, oder ihre beruflichen Zusammenhänge, oder ihre Rolle als Frau, oder ihre gewählten Freundschaften.

Kultur ist das neue Opium für das Volk. Es drängt sich der Verdacht auf, dass über Kulturen gesprochen wird, weil nicht über Menschenrechte gesprochen werden soll. Zwangsverheiratung wäre dann nämlich Thema genauso wie die Menschenrechtssituation in der Schubhaft, sog. Ehrenmorde genauso wie Männergewalt in der Familie, mangelnde Bildungschancen genauso wie die fremdenpolizeiliche Trennung von binationalen Ehepaaren.

AUFGEHÖRCHT!

www.audiamo.at
 Hörbuch-Tipp!

Herny Grunwald
DÄMMERLICHT

Wie ich lernte, mit meiner Erblindung zu leben

Die Geschichte des früheren amerikanischen Botschafters in Wien und der Krankheit, die ihm nach und nach die Sehkraft raubt

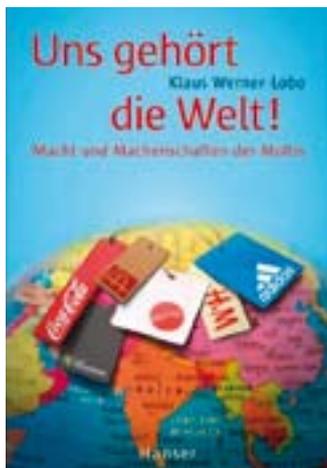
3 CDs / Lesung von Dr. Martin Loew-Cadonna

Österreichs erste Hörbuchhandlung
 mit über 6.000 Hörbüchern und Hörspielen
 Kaiserstraße 70, 1070 Wien - Tel. 01 / 69 965 3190

POPULÄRKULTUR

BUCH

Kann man nichts machen!



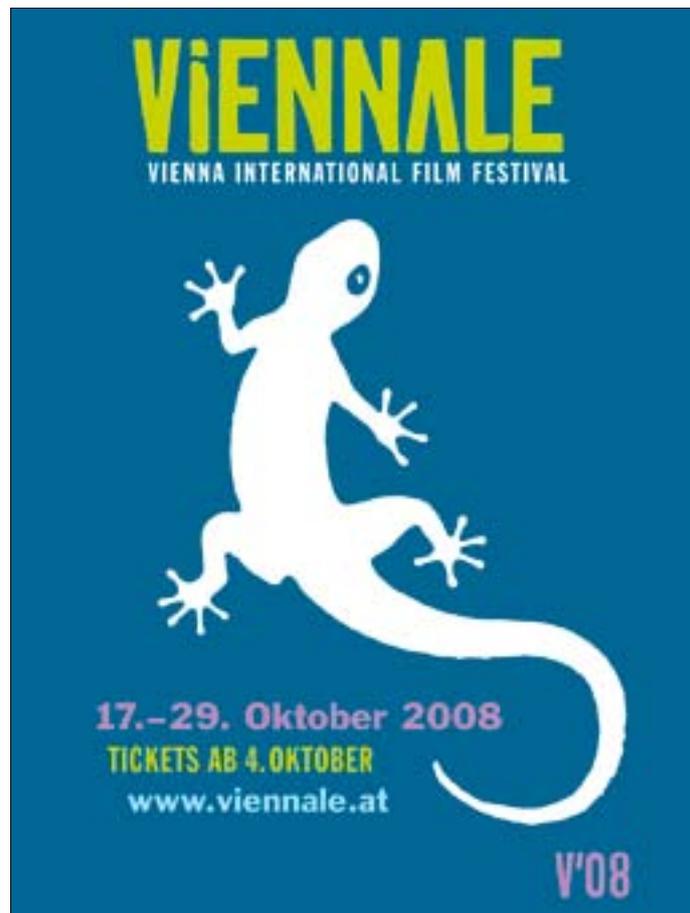
Jeden Tag sterben 100.000 Menschen – ein Viertel davon Kinder – an den Folgen des Hungers. Mit diesem Satz beginnt Autor Klaus Werner sein neues Buch „Uns gehört die Welt - Macht und Machenschaften der Multis“. Für viele Erwachsene ist das ein oft gehörter Stehsatz, dessen Inhalt gar nicht mehr richtig erfasst wird. Eine von vielen Strategien, um mit unserer Ohnmacht gegenüber solch schreiendem Unrecht fertig zu werden. Die konsequente Weiterführung dieses Ansatzes: jemanden, der sich mit dem Unrecht nicht ab-

finden will, als „sozialromantisch“ zu bezeichnen (die Austria Presse Agentur in ihrer Rezension von „Uns gehört die Welt“).

Das zweite Werk des Bestseller-Autors Werner (Schwarzbuch Markenfirmen) richtet sich zunächst an Jugendliche: In einfacher Sprache und knappen Kapiteln werden Zusammenhänge der Weltwirtschaft detailreich und informativ dargelegt und an Alltagserfahrungen von Jugendlichen gekoppelt.

Wie entsteht ein Turnschuh? Oder: wer muss für die Erzeugung unserer Mobiltelefone sterben? Darüber hinaus gibt das Buch in einem weiteren Teil Anleitung, wie sich Jugendliche den Weg in den erwachsenen Zynismus des Kann-man-nichts-machen ersparen. Mit dem erfrischend unerschrockenen Zugang eines Clowns (Werner's zweite Profession) schlägt er fünf geradezu lächerlich banale Schritte gegen die Resignation vor: Lebe deinen Traum, informiere dich und andere, zeige Zivilcourage, handle gemeinsam und habe Spaß!

Klaus Werner-Lobo
Uns gehört die Welt! Macht und Machenschaften der Multis
 Verlag Carl Hanser,
 256 Seiten, 14,90 Euro
 ISBN: 978-3-746-23100-9



Jetzt im Buchhandel!

DER WISCH
ZEITSCHRIFT FÜR VIELSEITIGE

Kulturdelikt.
 Wenn die Aufklärung fundamentalistisch wird.

DER WISCH
DIE ZEITSCHRIFT FÜR VIELSEITIGE

www.kanafani.at derwisch@kanafani.at

SPOTLIGHT

FILMEMACHER

Politik mit Witz

Mit neun Jahren flüchtete der kleine Arash T. Riahi mit seinen Eltern aus dem Iran nach Österreich. Heute ist er 36 und einer der interessantesten Filmregisseure des Landes. Im Jänner wird sein großer Spielfilm „Ein Augenblick Freiheit“ anlaufen. Text: Ernst Pohn, Bild: Bernhard Kummer

Eine Gruppe von Menschen auf der Flucht aus dem Iran. Lange sitzen sie in einer Grenzstadt in der Türkei fest. Banges Warten auf das Visum, nicht alle werden es tatsächlich nach Europa schaffen. „Ein Augenblick Freiheit“ ist der erste Spielfilm von Arash T. Riahi, eine Geschichte, die stark durch eigene Erfahrungen gefärbt ist. Im Alter von neun Jahren flüchtete Arash mit seinen Eltern aus dem Iran nach Österreich. Sein Vater, ein kritischer Humanist, der als Lehrer stets für seine Ideale eingestanden ist, verbrachte davor mehrere Jahre im Gefängnis. Als Grund genügte dem Regime des Schah von Persien u.a. der Besitz eines Kinderbuchs vom kleinen schwarzen Fisch, der gegen den Strom schwimmen wollte. Er selbst, erzählt Arash, lernte so schon früh die Folgen unmenschlicher Politik kennen. Bis heute prägten diese Erfahrungen sein politisches Bewusstsein. Das Privileg, mehrere Millionen Euro für den ersten Spielfilm – Arash drehte davor bereits zwei Dokumentarfilme – verwenden zu können, wollte er ganz bewusst nutzen. Um ein Werk zu schaffen, das gesellschaftliche Relevanz hat und beim Publikum etwas bewegen kann.

Es war ihm wichtig, zu zeigen, welche unglaubliche Anstrengungen Menschen in Kauf nehmen, um ein Stück Freiheit zu erlangen. Die dreimonatige Flucht nach Europa traten seine Eltern vor 27 Jahren ohne Arash's jüngere Geschwister an. Sie blieben damals im Iran bei den Großeltern und kamen später



Arash: Kinosüchtig und Vielarbeiter

mit Bekannten nach Österreich. Ihre Flucht ist einer jener drei Handlungsstränge, die „Ein Augenblick Freiheit“ erzählt.

Arash selbst fand sich nach der Flucht als Bub in Wien rasch zurecht. So wie sich viele Kinder mit Umstellungen leichter tun als Erwachsene. Er lernte Deutsch, kam bald ins Gymnasium und begann nach der Matura Medizin zu studieren. Seine ersten Gehversuche beim Film machte der heute 36-Jährige als Schüler mit selbst gedrehten Kurzfilmen. Die großen Erwartungen bei

der Teilnahme am Schülerfestival wurden anfänglich durch die gnadenlose Kritik der Jury zunichte gemacht. Mit den Jahren vermochten seine Filme aber mehr und mehr zu überzeugen, bis er schließlich den Wettbewerb gewann. Erste professionelle Erfahrungen sammelte er in der ORF-Jugendredaktion. Sein Durchbruch als Regisseur gelang ihm mit „Exile Family Movie“. Mehrfach ausgezeichnet, gewährt der Dokumentarfilm über ein geheimes und absurdes Familientreffen in Saudi Arabien intime Einblicke auf berührende, witzige Weise. Lachen, sagt Arash, sei für ihn ganz besonders wichtig, weil damit auch die Gehirne geöffnet würden für andere, kritische und schwerer vermittelbare Inhalte. Arash selbst bezeichnet sich als „Kinosüchtigen“, trotz eines Haufens Arbeit in seiner Produktionsfirma lässt er keine Woche ohne mindestens einen Kinobesuch aus. Bei so viel Filmbegeisterung verwundert es, dass er bei freier Wahl lieber mehr Talent als Musiker gehabt hätte. So lauscht er einfach nur, oft während der Arbeit. Arash bezeichnet sich selbst als Vielarbeiter. Müde wird er nie. Deshalb bastelt er neben seinen Filmen auch so gern an der Entwicklung der „Golden Girls“. So heißt die Produktionsfirma, die er gemeinsam mit zwei Partnern seit mittlerweile elf Jahren führt. Kürzlich nahm er sogar wieder sein Studium der Film- und Theaterwissenschaft auf. Er könnte es auch gemüthlicher haben, meint er. Aber die Rolle muss der Vielarbeiter wohl anderen überlassen.

Ja, ich will 4x jährlich MOMENT lesen

- StudentInnen/Selbstkostenabo 8,80 Euro
- Normalabo 40 Euro
- Förderabo 80 Euro
- Geschenksabo 40 Euro

Name:

Adresse:

Stadt:

E-Mail: abos@moment.at

Post: SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien

Das Abo umfasst 4 Ausgaben pro Jahr und verlängert sich nach Ablauf des Abo-Zeitraums automatisch um ein Jahr zum vereinbarten Abo-Preis. Das Abo kann unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist vor Ablauf des Abo-Zeitraums gekündigt werden. Erlagschein wird Ihnen zugesandt.

Zum Abo erhalten Sie eine Lichtermeer-Erinnerungs CD mit Liedern von Ambros, Danzer, Wiener Tschuschenkapelle etc.



Kino-Tickets gewinnen! Let's make MONEY

Unter allen neuen MOMENT-AbonnentInnen werden 5x2 Karten für „Let's make MONEY“, den neuen Film von Erwin Wagenhofer (We feed the world) verlost.

SOS Mitmensch-Vorstellung: 10. November 2008, 20.30h.
Votivkino, Währinger Straße 12, 1090 Wien.



SOS MITMENSCH

Text: Philipp Sonderegger

WAS WURDE EIGENTLICH AUS....

dem Tag des Bleiberechts?

Mit dem Tag des Bleiberechts am 10. Oktober ist es gelungen, ganz unterschiedliche Organisationen und Initiativen auf ein gemeinsames Anliegen einzuschwören. Viele Gruppierungen setzen zu diesem Tag Aktionen, um der gesetzlichen Verankerung eines Bleiberechts näher zu kommen. Die größeren Organisationen – vom Roten Kreuz bis SOS Mitmensch – gehen dabei mit pragmatischen Forderungen in die Diskussion: Ein rechtsstaatliches Verfahren und eine Einmalregelung für all jene, die länger als fünf Jahre hier sind. Ein landesweites „Sesselmeer“ – leere Sessel auf öffentlichen Plätzen symbolisieren:

hier ist noch Platz! – soll das Thema rechtzeitig vor den Koalitionsverhandlungen in Erinnerung rufen. Einige Initiativen haben weiter reichende Forderungen. Sie stellen unter dem Titel „Bleiberecht für alle“ grundsätzlich in Frage, dass für die meisten Menschen keine Reisefreiheit möglich sein soll. Die Mobilisierungskonferenz Ende August brachte alle Gruppierungen dieser unterschiedlichen Strömungen zusammen. Zwar kam es nicht zum Zerwürfnis, doch wurde deutlich, dass noch viel Arbeit nötig ist, um die verschiedenen Zugänge auch jenseits eines gemeinsamen Aktionstages zu bündeln.



Bild: phs

WAS WURDE EIGENTLICH AUS....

der Bleiberecht Roadshow?

Mit einem Info-Kleintransporter tourt SOS Mitmensch bis 17. Oktober durch Wien. An öffentlichen Plätzen soll Stimmung für ein faires und menschenwürdiges Bleiberecht gemacht werden. Was ein bisschen wie eine Parodie auf die misslungene Integrations-Roadshow von Ex-Innenminister Günther Platter wirkt, ist durchaus ernst gemeint. Mit dem umgebauten, dreirädrigen Piaggio-

Kleinlaster wurde einerseits in Fußgängerzonen Halt gemacht, um mit PassantInnen über die Vorzüge eines menschenrechtskonformen Bleiberechts zu diskutieren. Bei abendlichen Veranstaltungen konnten zusätzlich die Vorzüge des Info-Mobils ausgespielt werden. An Bord des weißen Flitzers sind eine Schank- sowie eine Musikanlage eingebaut. So kam an Orten wie dem Wie-

ner Yppenplatz oder Urban-Loritz-Platz auch eine gesellige Komponente hinzu, die dem Anliegen bestimmt nicht geschadet hat. Unterstützt wird die Tour vom poolbar-Festival, das uns das Info-Mobil günstig zur Verfügung stellt, von zahlreichen ehrenamtlichen MitarbeiterInnen und KünstlerInnen, die mit uns gemeinsam auftraten.

www.sosmitmensch.at/stories/2035

Insel der Menschenrechte am Donauinsselfest

Gäbe es ein Motto für die Insel der Menschenrechte, dann hieße es wohl „Gute Musik für eine bessere Welt“. Auch heuer traten am Donauinsselfest nationale und internationale KünstlerInnen für SOS Mitmensch auf. Und das ganz im Zeichen der Bleiberechts-Kampagne. Danke an Celia Mara, La Brassbanda, und !Deladap.

UVS gibt Tschetschenen gegen Haider recht

Der unabhängige Verwaltungssenat Klagenfurt hat das Land Kärnten für die Abschiebung von 18 AsylwerberInnen nach Traiskirchen verurteilt. SOS Mitmensch-Vorsitzende Nadja Lorenz hat die TschetschenInnen vertreten. SOS Mitmensch und ASPIS haben überdies Strafanzeige gegen LH Jörg Haider eingebracht.

Ute Bock Preis an Bleiberechts-Initiativen

Im Juni, kurz nach MOMENT-Redaktionsschluss, hat SOS Mitmensch gemeinsam mit der Diakonie und der Evangelischen Kirche den Preis für Zivilcourage an die Bleiberechts-Initiativen in Oberösterreich vergeben. Auch für den entscheidenden Schritt von Nachbarschafts-Initiativen zu einer politischen Bewegung.



Bild: C. Kramar

Ute Bock Preis an Bleiberechts-Initiativen

ANDERE ÜBER...

KRIESENLSUNG

Leere Hülle der Politik aufbrechen

Zentrale Momente sozialer Herrschaft wie die kapitalistische Ökonomie werden durch die parlamentarische Demokratie nicht verändert. Der Politologe Ulrich Brand fordert deshalb Partizipation, die BürgerInnen-Entscheide übersteigt.

Trotz der politischen Aufgeregtheit, permanenter „Stimmungstests“ und Hochsaison für Demagogen im abgelaufenen Sommer blieben zwei Sachverhalte weitgehend aus der öffentlichen Diskussion ausgeblendet. Zum einen kann die Rede von der Politikverdrossenheit nicht darüber hinweg täuschen, dass wir es mit einer veritablen Krise politischer Repräsentation zu tun haben. Insbesondere die VerliererInnen neoliberaler Politik, aber auch ökologische Probleme oder die Interessen von MigrantInnen sind in der offiziellen Politik nicht präsent. Die Medien brechen das kaum auf, denn sie reproduzieren die Fixierung auf Parteien, ihre Köpfe und den Staat als einzigen Bereich des Politischen. Allenfalls werden Ressentiments der „kleinen Leute“ gefördert, sie selbst aber machtlos gelassen.

Zweitens wird kaum thematisiert, dass der Parteienzank auf einem breiten Konsens beruht: Nämlich von der vermeintlichen Alternativlosigkeit herrschender Politik. Dass derart um die EU, den Teuerungsausgleich und die Migrationspolitik gestritten wird sowie rassistische Töne den Wahlkampf dominierten, übergeht folgendes: Der „Sachzwang Globalisierung“ scheint eine grundlegend andere Politik am „Standort Österreich“ zu verbieten. Wenn aber die politischen und ökonomischen Eliten fordern, den „Gürtel enger zu schnallen“, dann meinen sie immer die anderen, nämlich die Bevölkerungsmehrheit.

Wege aus der Krise...

...gibt es viele. Eine Bedingung dafür ist, die Krise überhaupt realistisch zu diagnostizieren. Ihr Kern liegt in der Umverteilung von gesellschaftlicher Macht und von Reichtum. Die schwächeren Bevölkerungsgruppen und ihre Vertretungen können kaum noch Kompromisse erreichen. Das parlamentarisch-repräsentative System schottet sich ab und hintergeht damit tagtäglich seinen eigenen Anspruch. Demokratie läuft leer und Politik wird zur leeren Hülle eines nicht mehr eingelösten ge-

sellschaftlichen Gestaltungsanspruchs. Das vorherrschende Krisengerede müsste in breiten gesellschaftlichen Debatten hinterfragt werden. Zu Recht wird mehr Partizipation eingefordert. Aber es ist nur ein Aspekt der notwendigen Demokratisierung. Die Forderung nach mehr Partizipation läuft demokratiepolitisch zu eng, wenn gleichzeitig die bestehenden politischen Institutionen und repräsentativen Verfahren akzeptiert werden, diese lediglich um partizipative Elemente ergänzt werden sollen.

Das parlamentarisch-repräsentative System schottet sich ab und hintergeht damit tagtäglich seinen eigenen Anspruch.

Oftmals wird partizipative Demokratie als ein Mehr an politischer Verhandlung diskutiert, was etwa über BürgerInnen-Entscheide oder partizipative öffentliche Haushalte erreicht werden soll. Das ist wichtig. Aber zentrale Momente sozialer Herrschaft, nämlich die kapitalistische Ökonomie und Klassenverhältnisse, aber auch die patriarchalen Geschlechterverhältnisse oder ausbeuterische Beziehungen zur Natur werden mit den existierenden Formen von Parteienkonkurrenz und parlamentarischer Demokratie nicht verändert. Mein Vorschlag lautet, die vermeintliche Alternativlosigkeit durch konkrete Forderungen, Konflikte und Alternativen aufzubrechen. Der Kampf gegen Privatisierungen und die soziale Umverteilung von unten nach oben wäre ein guter Ansatzpunkt, um sich über den Zustand von Gesellschaft und Demokratie sowie Alternativen zu verständigen. Das große Thema der sozialen Gerechtigkeit und wie sie verbessert würde, käme auf den Tisch. Auch die Macht der EU und ihre neoliberale Ausrichtung. Der Glanz vom angeblich immer und überall überlegenen Markt ist längst infrage gestellt. Doch darauf folgt wenig außer dem Verweis auf den angeblich ineffizienten Staat.



Illustration: Petja Dimitrova

ZUR PERSON

Ulrich Brand

Ulrich Brand arbeitet als Professor für Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Publikation: Ulrich Brand: Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. Hamburg 2005.



Antworten
lösen Fragen.



gehört.
gewusst.



Das neue Ö1 Quiz

Jeden Sonntag, 13.10 Uhr, Ö1

Ö1 Hörerinnen und Hörer können jetzt ganz
einfach am neuen Ö1 Quiz teilnehmen – per Telefon!

Anmeldung als Kandidat/in

E: gehört.gewusst@orf.at T: (01) 501 70-371 I: oe1.ORF.at/quiz

oe1.ORF.at/quiz

K O S T E E S W A S E S W O L L E

Let's make MONEY

**AB 31.10.
IM KINO
WELTSPARTAG**

**EIN FILM VON
ERWIN WAGENHOFER
(WE FEED THE WORLD)**

allegrofilm

film
INSTITUT

ORF

FILMladen

Das Buch zum Film bei orange

press

- Jetzt im Handel erhältlich!

www.letsmakemoney.at